

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Charitas Bischoff</i> Erstes Weihnachten in Nordschleswig.....	121
<i>Kai-Uwe von Hassel</i> Ansprache zum »Tag der Heimat 1960«	124
<i>Hans Peter Johannsen</i> Es geschah etwas Neues	130
<i>Axel Riishøj</i> Dänisch und Deutsch.....	139
<i>Morten Kamphøven</i> Vereint und geteilt	146
<i>Hans Friedrich Schütt</i> 1460 – 1920 – 1960	150
<i>Elsa Rößler</i> Romane eines Jahres	155
Umschau ab Seite 162	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,— DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,— DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9 Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ERSTES WEIHNACHTEN IN NORDSCHLESWIG

Nach einem rauhen, stürmischen Herbst kam früh der Winter mit viel Eis und Schnee. Wir hatten beizeiten für Weihnachten Baumschmuck, Geschenke und Lichte aus Ripen besorgt, den Weihnachtsbaum aber bestellten wir vierzehn Tage vor dem Fest beim Fuhrmann, der jede Woche nach Tondern fuhr. Den Baum aber gerade, den bekamen wir nicht, des Schnees wegen kam der Fuhrmann nicht nach Tondern. Da kamen mir die vier Armleuchter zustatten, ich zündete alle Lichter an und holte die Pächterfamilie mit Knecht und Magd. Diese erste Weihnachten wurde unserer Gäste wegen in dänischer Sprache gefeiert. Dänische Weihnachtslieder wurden gesungen, und das Weihnachtsevangelium wurde auf Dänisch verlesen. Als wir anfangen zu singen, erwachte unser Kind und jauchzte, sowohl über den ungewohnten Lichterglanz wie über das Singen. Das Kind war uns die beste Weihnachtsfreude. Der alte Knecht Ole war tief gerührt, er fuhr sich mit den krummgearbeiteten Händen verstoßen über die feuchten Augen. Er war in Hemdsärmeln da, aber das bunte Hemd war so frisch, daß noch die Mangelfalten scharf hervortraten. Daß er mit teil hatte an der bescheidenen Bescherung, konnte er kaum begreifen, er gab uns wieder und wieder die Hand und bedankte sich, dann suchte er verlegen in seiner Westentasche herum, kam zu mir und steckte der kleinen Charitas etwas in die Hand. Es war ein Fünfzigpfennigstück.

Ich hielt es ihm hin, aber er schob verlegen meine Hand zurück und sagte treuherzig bittend: „Eine Erinnerung an Ole! Eine ganz kleine Erinnerung an Ole!“ Ich wollte den Alten nicht kränken und hob es auf.

Dann aßen wir alle zusammen den dicken Milchreis, mit Zucker und Kaneel bestreut und mit dem Butterteich in der Mitte.

Nach dem Fest, als die Wege wieder gangbar wurden, brachte uns der Postbote noch allerlei Überraschungen. Eine Freude, die mich ganz beschämte, machte uns ein Paket von Klaus Groth. Da kam ein ganzes Paket Bücher, alles Groths

Werke! Der Quickborn in Prachteinband, illustriert von Otto Speckter und mit einer Widmung von des Dichters Hand:

*Ich weiß, wie's hoch im Norden schaut:
Doch eignes Heim ist immer traut,
Und eigner Herd und eigne Herd'
Ist mehr als grüne Buchen wert.*

Klaus Groth und Frau Doris geb. Finke.

Das war etwas für die Einsamkeit! Und gerade hier wuchs ich durch meine Umgebung in das Verständnis von Groths Schriften. Frau Doris hatte aber nicht nur ihren Namen hergegeben, da waren gute und brauchbare Dinge, die sie für uns mit ihren lieben, fleißigen Händen angefertigt hatte. Für den „Nordlandspastor“, wie sie schrieb, hatte sie braune Kuchen gebacken, für das Kind hatte sie ein Kleid genäht und für mich eine warme Mütze gehäkelt. Diese Klänge aus der Welt da draußen fanden einen dankbaren Widerhall in unseren Herzen.

Aus „Bilder aus meinem Leben“ von Charitas Bischoff / 1912

Das Grenzland um die Jahreswende 1960/61

Vorbemerkung zu diesem Heft

Das Jahr 1960 brachte für das Grenzland verschiedene Gedenktage. Es liegt daher nahe, daß wir eine deutsche und dänische Stellungnahme zum Abschluß dieses Jahres bringen. Die Aufsätze von Dr. Hans Friedrich Schütt und Morten Kamphøener zeigen, daß Deutsche und Dänen zwar die Akzente bei den Geschehnissen der Geschichte verschieden setzen, daß aber auf beiden Seiten der Grenze das Gefühl dafür vorherrschend ist, daß, wie überall, so auch bei uns, die Gegenwart als eine Zeit der Wende, des Endes und des Beginns empfunden wird. Erneut haben in diesem Zusammenhang die Fragen des Selbstbestimmungsrechts, die Frage nach dem Sinn und dem Wert der Begriffe Heimat, Volk, Nation, Staat die öffentlichen Diskussionen beschäftigt. Wir bringen daher einen die wesentlichen Teile umfassenden Auszug einer Grundsatzrede Kai-Uwe von Hassels, der uns zu diesem Thema zur Verfügung gestellt wurde. Den Aufsatz von Axel Riishøj aus dänischer Feder betrachten wir als einen der bemerkenswerten dänischen Beiträge des vergangenen Jahres zur andauernden Grundsatzdebatte in der Begegnung unserer beiden Völker und haben ihn deshalb mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers übersetzen und nachdrucken lassen. Die praktische kulturelle Arbeit an der Grenze erhielt im Sinne der Festsetzung neuer gemeinsamer Ziele entscheidende Impulse durch das erstmalig von den Städten Apenrade, Sonderburg, Hadersleben und Tondern veranstaltete Dänisch-Deutsche Treffen in Apenrade im Oktober d. J. Dr. Hans Peter Johannsen schrieb dazu einen Kommentar. Wie alljährlich, so pflegen wir im Weihnachtsheft unsere Leser über ein wichtiges kulturelles Thema zu informieren. Elsa Rössler gibt eine Übersicht über die moderne Literatur der letzten beiden Jahre, wobei unsere Leser insbesondere die Gegenüberstellung zweier Autoren aus Deutschland und Dänemark fesseln wird. Der Bogen des Heftes ist mit Absicht weit gespannt. In ihrer Gesamtheit wollen die Beiträge einen Überblick über die Stellung im „kleinen und im großen“ geben.

Dr. H. P. J.

Ansprache zum »Tag der Heimat 1960«

Meine Damen und Herren!

An diesem Tage der Heimat begegnen an dieser Stätte Männer und Frauen der frei gewählten deutschen Länderparlamente den Vertretern aller deutschen Landsmannschaften. Sie wollen im Schatten der unverminderten Bedrohung der Freiheit Berlins erneut die Macht, die es angeht, mahnen, dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit nicht das Recht auf Heimat und Selbstbestimmung vorzuenthalten. Für eine gerechte Ordnung in der Welt kann nur die einschränkungslose Abkehr von politischem Unrecht, gleich, wo es geschieht, die zuverlässige Quelle bilden. Wenn wir so fordernd und mahnend vor die Welt treten, dann lassen Sie mich aber auch dieses fragen:

Wie sieht es mit dem Bekenntnis zur Heimat und zum Recht auf Heimat bei uns selbst aus? Wenn die Welt uns mit unserer Forderung ernstnehmen soll, dann müssen wir auch durch unsere Haltung erkennen lassen, daß es uns ernst ist, wenn wir Heimat und das aus der Freiheit der Persönlichkeit abgeleitete Recht auf Selbstbestimmung als die unabdingbare Grundlage jeder volklichen Existenz betrachten.

Nun, ich denke, wir sollten die Augen nicht davor schließen, daß es Stimmen auch in unserem Volke gibt, die meinen, es sei im Zeitalter des Managertums mit seiner Betriebsamkeit und Geschäftigkeit ein Anachronismus, den Begriffen von Heimat und Volkstum überhaupt noch Raum in unserem Denken und Wirken zu geben.

Ist es nicht schrecklich gleichgültig — so sagen solche Stimmen —, wo und wodurch das Geld verdient wird, um höchsten Lebensstandard zu gewährleisten? In solchem Chor hören wir hin und wieder sogar Stimmen der Jugend.

Die vitalen Interessen unserer Zeit sind offenbar auf die Schaffung materieller Werte gerichtet. Berufschancen, die moderne Wohnung, Fernsehen und Auto — das sind die Dinge, die den meisten genügen, um ihnen das Leben lebenswert zu machen. An die Stelle von romantischem „Volkstum“, von Brauchtum und Sitte setzen sie den Fortschritt, die Technik, die Geschwindigkeit, die Rationalisierung. Daneben haben freilich auch Überlegungen Platz, die etwa mit den Begriffen Solidarität und soziale Gerechtigkeit zu umreißen sind.

Aber im Grunde sind dabei die äußeren Dinge gemeint; und eine Jugend, die so spricht, weiß natürlich mit Heimatkunde und Heimatmuseum, die von der Geschichte eines Volkes und seiner Landschaft künden, nichts mehr anzufangen; sie diskutiert aber mit Passion die Vorzüge und Nachteile neuer Automodelle und freut sich über die Schönheit der vorüberhuschenden Landschaft.

Ich denke nun aber, daß das Bekenntnis und die Treue unserer Vertriebenen zu der Heimat, die ihnen geraubt wurde, ein gutes Heilmittel ist gegen jenen Infekt, der schon einmal mit jenem „ubi bene, ibi patria“ (Wo es mir gutgeht, ist mein Vaterland) die Endzeit einer großen abendländischen Kulturepoche kennzeichnete.

Mit dieser Hervorhebung unserer Heimatvertriebenen will ich indessen keineswegs in Zweifel ziehen, daß es auch bei denen, denen die Heimat erhalten blieb, ein gesundes, lebensstüchtiges, bodenverwurzeltes Heimatbewußtsein gibt. Ich brauche dabei nur an meine eigenen Landsleute zu denken. Wenn sie „to Huus“ sagen, dann lebt darin die ganze Fülle lebensstarken und lebensgestaltenden Volkstums. Heimat, Verwurzelung in dem von Generationen erarbeiteten Volksboden, Gebunden- und Geborgenheit in Brauchtum und Sitte prägen das Volksgesicht. Dieses Wissen um die typenbildende Kraft von Heimat und Volkstum hat aber auch gar nichts — ich betone *gar nichts* — mit jenen Vorstellungen „von Blut und Boden“ zu tun, aus denen der Nationalsozialismus den Herrschaftsanspruch einer „Herrenrasse“ herleiten zu können glaubte.

Wir wünschen unserer Jugend den Sinn für die nicht nach dem Nutzen abwägbaren und meßbaren Werte des Geistes und der Seele — kurzum für die inneren Werte unseres Volkslebens — zu schärfen.

Wir glauben, daß mit den Problemen, die uns unsere aus den Fugen geratene Welt aufgibt, nicht der bindingslose Allerweltsbürger, sondern nur die vom Volkstum geprägte Persönlichkeit fertig wird.

Auch das Europa, das wir erstreben und an dem wir bauen, wird nur aus der Kraft seiner Volkstümer, die ihm sein abendländisches Gesicht gaben, leben, oder es wird nie als geschichtsgestaltende Kraft existent werden.

Wer das Recht auf Heimat und Freiheit bejaht, muß daher konsequent auch für das ihm zugeordnete Recht auf Selbstbestimmung eintreten; denn der heimatverbundene Mensch soll frei bestimmen dürfen, welcher staatlichen Gemeinschaft er angehören und wie er sie formen will, damit sie ihm Gewähr bietet, in Frieden und Freiheit seinem Volkstum leben zu dürfen.

Diese Vorstellungen von Heimat und Selbstbestimmung und des Rechtes auf sie stehen in völligem Widerspruch zu den Thesen, die kürzlich Professor Barth in einer namhaften deutschen Zeitschrift vertreten und zur Diskussion um das Heimatrecht gestellt hat. Ich habe mich veranlaßt gesehen, diesen mit Nachdruck entgegenzutreten, da ich in ihnen eine Gefährdung unseres legitimen Anspruches auf Wiedervereinigung unseres dreifach geteilten Vaterlandes sehe. Ich meine, daß es notwendig ist, daß wir auch hier uns mit diesen Thesen auseinandersetzen. Die eine These lautet, daß die Heimat eine unverdiente Gabe sei und daß es kein absolutes Recht auf Heimat gäbe, weil die Heimat dem Menschen genommen werden oder sonst verlorengehen kann.

Demgegenüber meine ich aus politischer Schau, daß die Heimat dann eine verdiente Gabe ist, wenn sie durch jahrhundertelange zähe Arbeit zu hoher Blüte auf geistigem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet gebracht wurde.

Nahezu jeder Mensch wird in seine Heimat hineingeboren und nimmt zunächst ohne eigenes Zutun an ihren Segnungen, an ihrer Geborgenheit teil. Tatsächlich aber gilt für jeden das Wort des Dichters: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ — Jeder also, der arbeitet und schafft, gestaltet — und das geschieht unbewußt — das Antlitz der Landschaft — auch der geistigen Landschaft — mit. Er erwirbt, was er von seinen Vätern ererbte, durch seinen Fleiß, durch das Weiterbauen. So erwirbt normalerweise jeder Mensch seine Heimat durch eigene Arbeit.

Das Streben auf Erhaltung und Rückgewinnung der Heimat ist deshalb legitim.

Die zweite Frage wird gestellt, nämlich die, ob es Heimatvertriebene überhaupt noch begrifflich geben könne oder ob die Heimatvertriebenen unterdessen nicht längst eine neue Heimat gefunden hätten.

Es ist zuzugeben, daß ein großer Teil der Heimatvertriebenen materiell eingegliedert ist. Dies ändert aber nichts daran, daß sie Heimatvertriebene sind und bleiben; denn der Verlust ihrer Heimat beruhte nicht auf Freiwilligkeit, sondern auf völkerrechtswidrigem Raub. Die weitgehende Wiederherstellung des materiellen Besitzstandes der Heimatvertriebenen kann niemals einen völkerrechtswidrigen Akt sanktionieren.

Und eine dritte These, weitaus gefährlicher als die vorangegangenen, stellt die Frage: Was erwarten die Heimatvertriebenen positiv von einer Wiedergewinnung ihrer früheren Heimat?

Schon diese Fragestellung geht von falschen Voraussetzungen aus. Die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete ist nicht Sache der Heimatvertriebenen allein, sondern geht das deutsche Volk in seiner Gesamtheit an. Das deutsche Volk sieht in der Wiedererlangung der deutschen Ostgebiete die Rückgängigmachung einer völkerrechtswidrigen Handlung, einer willkürlichen Abtrennung seit jeher deutschen Gebietes. Die Aufrechterhaltung dieses Unrechts ist nur Quelle für neue Unruhen. Die Rückkehr der deutschen Ostgebiete würde dagegen die Erkenntnis in der gesamten Welt stärken, daß die Beziehungen zwischen den Völkern auf Recht und Vertrauen und nicht auf Gewalt und Unrecht beruhen. Dies und nichts anderes erwartet das deutsche Volk von der Wiedergewinnung der Ostgebiete. Im übrigen sind sich alle bewußt, auch die Menschen im Westen, die ihre Heimat behalten durften, daß der Wiederaufbau der deutschen Ostgebiete ungeheure Belastungen für das deutsche Volk mit sich bringen wird, die zu tragen aber eine nationale Verpflichtung ist.

Oft liest man in der Presse und in Briefen auch die Bedenken von Politikern und Publizisten, ob die Heimatvertriebenen den Anspruch auf ihre frühere Heimat

überhaupt verantworten können, einmal gegenüber denen, denen sie unterdessen neue Heimat geworden ist, und zum anderen angesichts der heutigen Weltlage, in der die Durchsetzung ihres Anspruchs nach menschlichem Ermessen nur um den Preis eines allgemeinen, diesmal mit Atomwaffen auszufechtenden Krieges möglich wäre.

Ich glaube, ohne Überheblichkeit die Annahme aussprechen zu dürfen, daß die polnischen Menschen, die in den zu Deutschland gehörenden Gebieten angesiedelt worden sind, dort keine echte Heimat gefunden haben, weil ihre Umsiedlung nicht freiwillig, sondern auf Grund unmittelbaren Zwangs geschehen ist. Bekanntlich werden in den kommunistisch beherrschten Staaten — eben weil ihnen jeder Respekt vor Heimat und Heimatrecht fehlt — ganze Volksteile politischer Ziele wegen willkürlich verpflanzt. Daß diese Volksteile in dem ihnen zugewiesenen Land im Grunde genommen nicht zur inneren Ruhe kommen, daher nicht heimisch werden können und nicht heimisch geworden sind, ist bekannt.

Ich betone: Es gibt aber niemanden in dieser großen Kundgebung oder in unserer Heimat, der um der Wiedervereinigung willen einen Krieg auf sich nehmen will; es gibt niemanden, der nicht eine friedliche Lösung will, vor allem auch eine friedliche Lösung mit den Polen. Auch sie werden Verständnis dafür haben, wenn wir unser Leben miteinander auf Recht und Vertrauen gründen wollen. Und dazu gehört, daß wir auf die Wiederherstellung Deutschlands in seinen gerechten Grenzen nicht verzichten können und nicht verzichten werden. Ein solcher Verzicht wäre als Faustpfand in der Hand der Diktatoren ohnehin nur ein unwiederbringliches und vergebliches Opfer.

Dabei sind wir uns bewußt, daß das deutsch-polnische Verhältnis dank einer unglücklichen Vergangenheit besonders stark belastet ist. Hier ist vieles abzutragen, und es ist dafür manch guter Ansatz zu sehen. Ich täusche mich gewiß nicht, wenn ich meine, daß im polnischen Volk ebenso wie im deutschen Volk der Wille besteht, diese bittere Vergangenheit zu überwinden und diese Lasten abzutragen. Wenn wir von Selbstbestimmung sprechen, so meinen wir selbstverständlich auch Selbstbestimmung für das polnische Volk — ich habe davon bereits gesprochen. Wenn wir von dem Recht auf Heimat sprechen, so sind wir uns der verpflichtenden Aussage der Charta der Heimatvertriebenen, die seit zehn Jahren geltender Grundsatz ist, voll bewußt. Wir wollen, daß auch die polnischen Menschen ebenso frei entscheiden können, wie wir uns in der Bundesrepublik frei entscheiden dürfen und wie wir wünschen, daß das ganze deutsche Volk sich bald frei entscheiden kann. Ich erinnere an die Sätze des Stellvertreters des Bundeskanzlers, Prof. Erhard, in Düsseldorf:

„Wir wollen, ja wir ersehnen friedliche Nachbarschaft mit Polen, das einst ebenso von deutscher wie von sowjetrussischer Gewalt heimgesucht wurde. Dieses Land

wurde das Opfer nationalsozialistisch-bolschewistischer Kumpanei... Gerade das polnische Volk, das durch Siegerwillkür in seiner Geschichte wiederholt geteilt wurde, sollte erkennen, daß so auch die deutsche Teilung keine Grundlage für eine beständige friedliche Ordnung in Europa sein kann.“

Und lassen Sie mich hinzufügen: Auch Polen ist Europa, und es darf niemals eine Bedrohung eines freien Polens durch ein freies Deutschland geben. Zwischen dem freien Teil unseres Vaterlandes und dem gegenwärtig nicht freien Polen aber liegt die Sowjetzone, der Ulbrichtsche Unrechtsstaat, der die nachbarliche Begegnung von Volk zu Volk zur Zeit verhindert.

Ich halte es für eine Utopie, anzunehmen, es bestände irgendein Weg, unsere Landsleute aus der Sklaverei zu erlösen, wenn nicht durch die Wiedervereinigung, also durch die Verwirklichung eines Rechtsanspruches. Die Handhabung der Herrschaft in der Zone zeigt m. E. eindeutig, daß ein selbständiges, neutrales, demokratisch geordnetes, freies Mitteldeutschland vom Kreml genauso abgelehnt wird wie die Wiedervereinigung. Denn der Kreml weiß, daß ein Votum der mitteldeutschen Bevölkerung zur Freiheit immer auch ein Votum zur Wiedervereinigung sein wird. Daher ist m. E. die Frage Freiheit *oder* Wiedervereinigung nicht richtig gestellt und geht an der politischen Wirklichkeit vorüber. Die Gewährung der Freiheit ist den östlichen Machthabern eben nicht feil für den Verzicht auf Wiedervereinigung. Und daher stehen für uns Einheit in Frieden und Freiheit in unlösbarer Verbundenheit.

Dabei neigen wir keineswegs dazu, uns zur Selbstberuhigung politischen Illusionen hinzugeben. Es gibt kein Rezept für die Wiedervereinigung, es sei denn, wir wären bereit, selbst auf die Freiheit zu verzichten. Daß dieser Preis für uns völlig indiskutabel ist, ist die unerschütterliche Auffassung jedes anständigen Deutschen und damit auch unserer Brüder und Schwestern in der Zone, die keine neuen Mitgefangenen, sondern Erlösung aus der Gefangenschaft wünschen.

Da bleibt zur Zeit leider nur übrig, Geduld und noch einmal Geduld zu üben. Gewiß ist das für uns in der Freiheit der westlichen Welt leicht gesagt, schwer, unsäglich schwer aber für unsere Landsleute drüben. Wir wagten sie auch nicht zu fordern, wenn wir nicht des Echos in den Herzen unserer mitteldeutschen Brüder und Schwestern sicher wären. Bei allen unseren Begegnungen mahnen sie uns immer wieder: Erhaltet die Bastion der Freiheit in der Bundesrepublik, damit wir wissen, es gibt eine letzte Zuflucht für uns und einen bleibenden Ansatzpunkt für ein geeintes, freies Deutschland.

Wir aber hier im Westen wollen ihnen in der Geduld und Zuversicht nicht nachstehen und daran denken und glauben, daß in der Geschichte der Menschheit Gewalt und Unrecht nie von Dauer sind. Endlich siegt doch das Recht, wenn nur seine Verfechter nicht müde werden, sich zu ihm zu bekennen.

Selbstbestimmungsrecht muß von nationaler Selbstachtung getragen sein. Damit

meine ich nicht nationalistische Überheblichkeit, sondern gesundes Nationalbewußtsein, das schlicht besagt: ich bekenne mich als Deutscher und bin bereit, das Schicksal des deutschen Volkes und Vaterlandes zu tragen und zu teilen; ich fühle mich diesem Schicksal verpflichtet in guten wie in bösen Tagen. Nur so können wir gegenüber uns selbst, gegenüber unserem Volke und gegenüber dem Ausland glaubwürdig bleiben. Nur so glaubt man uns die Ernsthaftigkeit unseres Anspruchs auf Selbstbestimmung, auf Einigkeit und Freiheit.

Es geschah etwas Neues

*Eine Betrachtung über das Dänisch-Deutsche Treffen
1960 in Apenrade*

I

Staatsminister Kampmann, Bundesminister Erhard und der Ochsenweg

Es war eigentlich ein Zufall, daß wir den freilich sehr modernisierten Ochsenweg benutzten, als wir im Oktober nach Apenrade fuhren, um an dem Dänisch-Deutschen Treffen 1960 teilzunehmen. Und es zeigte sich dann, daß dieser uralte Heer- und Handelsweg, der nur wenige Kilometer westlich der heutigen Europastraße 3 über den Höhenrücken der cimbrischen Halbinsel führt, immer wieder einen besonderen landschaftlichen Zauber ausübt und darüber hinaus zu historischem Denken geneigte Reisende zu mancherlei Überlegungen verleitet.

An der kurz nach 1920 erbauten Grenzübergangsstelle am Ochsenweg bei Pattburg, die vor Jahrzehnten oftmals den heimkehrenden Schüler als einzigen Passanten verzeichnete, standen die Flensburger Schlange, um ihre aus Dänemark mitgebrachten Lebensmittel zu verzollen, während uns vorher bereits Lastzüge aus Dänemark auf dem Wege nach dem Süden mit Kies für den deutschen Straßenbau begegnet waren.

Die dänischen Reisenden ihrerseits brachten Mandeln, Rosinen und tausend andere süße oder auch scharfe Sachen aus Flensburg mit. Verstehe die großen und kleinen Einzelheiten des Handels, wer will. An der Grenze begnügt man sich, „to make the best of it“.

Geschlechter kommen, Geschlechter gehen, Handel und Wandel bleiben bestehen — nur werden die Dinge leider immer komplizierter. Die Jüten trieben ihre Ochsen in das Rheinland, dafür erhielten sie unter anderem den Tuffstein für ihre Kirchen. 1960 mußten Staatsminister Kampmann aus Kopenhagen und Bundesminister Erhard aus Bonn nach Apenrade kommen, um vor den sehr zahlreichen und sehr interessierten Zuhörern die Schwierigkeiten des Kontaktes zwischen den beiden großen Wirtschaftsgruppen, dem gemeinsamen Markt und der Freihandelszone, zu erörtern. Beunruhigend war die Situationsschilderung als solche, beruhigend jedoch, daß die Grundansichten der beiden Minister die gleichen waren.

Nun, wir sind auf dem Ochsenweg: zweifelsohne wird der Ochsentreiber vor zweihundert Jahren wie wir einen Blick für den farbenprächtigen Oktobertag gehabt haben, als er das Auge über die endlosen Ebenen schweifen ließ. Sie lagen da im reichen, aber wehmütigen Licht der Oktobersonne und bestätigten

das alte Wort, daß hierzulande der Himmel die eigentliche Landschaft ist. Als wir uns jedoch der Stadt Apenrade näherten, umglühten uns Gold und Rot und Blau der Wälder an der Ostküste, jener Wälder, deren Kamm sich in so beruhigender Schwingung am unwirklichen Blau des Oktoberhimmels absetzt. Man wunderte sich wirklich nicht mehr, daß Theodor Storm von den anbrechenden blauen Tagen sprach, man war bereit, sie zu genießen, und bereit, mit einem Dichter dieser Landschaft aus unseren Tagen ein Jahr als wohlgeraten zu preisen, „das so in Prunk und Prächten von uns scheidet“. Die Fahnen der Begrüßung am Stadteingang, die Schilder, die zum Staatsgymnasium, dem Ort des Treffens, führten, brachten uns in eine wenn auch festlich gestimmte, so doch mit leichter politischer und geistiger Spannung angefüllte Wirklichkeit zurück.

II

Vier Städte — vier Bürgermeister

Bürgermeister Erik Jessen, Apenrade, war auf den guten Gedanken verfallen, seine Begrüßung der Gäste in der Weise zu gestalten, daß er ein knappes Porträt jeder der vier nordschleswigschen Städte, die die Träger des Treffens waren, entwarf. So erfuhren wir denn, daß Apenrade wie eh und je in erster Linie Handelsstadt ist, daß Sonderburg und Hadersleben es verstanden haben, die Wirtschaftskraft geeigneter Industrien an sich zu ziehen, daß Sonderburg neuerdings auch die Probleme des Pendlerverkehrs (Danfoss) kennt, und daß Tondern das Glück hat — weit, weit dahinten zu liegen. Es atmet daher den Zauber der zwar kleinen, aber ungemein harmonischen Stadt, während die anderen drei bekanntlich nach 1920 sich ganz erheblich an Raum und Zahl ausgedehnt haben. Nun hatten sich also diese vier Städte zusammengefunden, um die Einladungen der Stadt Flensburg aus den Jahren 1954, 1955 und 1958 zu erwidern. Und wenn auch in einem nicht hoch genug zu bewertenden Beschluß der Magistrate der vier Städte die Grundlage der Veranstaltung überhaupt erst gegeben war, so liegt es in der Natur der Sache, daß Idee und Durchführung solcher Pläne im weiten Umfang die Angelegenheit einzelner sind.

Und damit obliegt es dem Chronisten, nun seinerseits ein kurzes, knappes Porträt der vier Bürgermeister zu geben, denn sie waren teils Erfinder, teils Gestalter dieser bedeutsamen kommunalen Unternehmung. In Abwandlung des berühmten Ausspruches eines Bürgers aus Goethes Faust möchten wir in bezug auf diese vier Bürgermeister sagen: denn sie gefallen uns wohl, die Bürgermeister.

Da ist Johann Paulsen, Tondern. Er ist nun schon zwei Jahrzehnte dänischer Bürgermeister seiner Stadt, das mag ihn mit Stolz erfüllen, wenn man bedenkt, daß noch lange nach der Abstimmung von 1920 Tondern einen deutschen Bürgermeister hatte. Es mag ihn auch befriedigen, daß er, aus der Bankwirtschaft kommend, dazu berufen wurde, die Stadt in den Aufschwung des Landesteils mit

hineinzuführen. Seine gedrungene Gestalt, sein klarer und oft etwas kühler Blick lassen ihn als den ausgeprägten Realisten erscheinen. Wer ihn näher kennenzulernen das Vergnügen hatte, weiß, daß er eine hohe Vorstellung von den Pflichten eines Bürgermeisters in politischer und kultureller Beziehung hat, daß er, fest in humanistischem Gedankengut wurzelnd, es als eine große Aufgabe ansah, den Gedanken der Flensburger Tage; also jener maßgeblich auf die Initiative des damaligen Stadtpräsidenten Thomas Andresen hervorgerufenen Aussprache zwischen Gelehrten und Politikern beider Länder vor einem interessierten Forum des Grenzlandes, aufzugreifen und fortzuführen.

Das sagte er auch sehr deutlich, als ein anderer Bürgermeister, nämlich Anders Andersen aus Sonderburg, in der ersten Erörterung der Dinge durchaus berechnete Bedenken vorbrachte. Auch Anders Andersen ist Realist, das heißt, er versteht politisch zu denken und mit einem Haushaltsplan umzugehen. Er wies darauf hin, daß auch heute noch besondere Kenntnisse und besonderer Takt dazu gehören, solchen Plan zu verwirklichen, denn nicht in jedem sei das Vergessen eingekehrt, und nicht in jedem wehe der Geist einer so sehr erwünschten besseren Zeit. Andersen wäre jedoch nicht Andersen, wenn er sich nicht schon aus der Grundkonzeption seiner Partei (er gehört der dänischen Sozialdemokratie an) vorbehaltlos hinter den Gedanken gestellt hätte. Seine Mitarbeit offenbarte einen umsichtigen Mann, der schnelle, oft humoristisch formulierte Beschlüsse faßte, die von freundlichem Augenzwinkern begleitet waren.

Sind Paulsen und Andersen sehr lebhaften Temperaments, welches auch nicht durch die kurze Pfeife gebändigt wird, so schreiten Jessen und Olesen gemessen einher. Es strömt von Erik Jessen, der als Oberhaupt der Stadt, in der die Begegnung stattfand, besondere Lasten zu tragen hatte, eine Ruhe aus, die sich wohlthuend auf die Umgebung auswirkt. Er ist ein Herrscher seiner Vaterstadt und dient ihr in der klaren Erkenntnis, daß diese Stadt am offenen Meer liegt, daß darin und auch in der Nachbarschaft zum Süden Reichtum und Aufgaben dieser Stadt in doppeltem Sinne begründet liegen. In diesem Zusammenhang sprach er auch von den Kultureinrichtungen der deutschen Volksgruppe in seiner Stadt. Was den persönlichen Eindruck betrifft, so muß verzeichnet werden, daß Bürgermeister Jessen Zigarren raucht.

Und nun Peter Olesen aus Hadersleben. Er war es, der im Jahre 1958 in Flensburg als Sprecher des nordschleswigschen „Bürgermeisterklubs“ die Einladung für 1960 ankündigte. Und auch er hat sich in seiner sehr überlegten und (als Kompliment zu verstehen) überlegenen Art in den Dienst der Sache gestellt. Er ist, wie Paulsen und Jessen, Nordschleswiger, er kennt viel von dem Reichtum dieser Landschaft und ihrer Menschen, von den Zwischentönen, denen zu lauschen man imstande sein muß, wenn man hier das Herz der Menschen ansprechen will. Sprechen! Sprechen tut er nicht viel — aber er sieht alles, hört

alles, bildet sich Auffassung und Meinung und spricht am Schluß der Debatte ein abgewogenes Wort, das im Raume stehenbleibt. Er liebt seine Stadt, er liebt seine Aufgabe, und als seine Aufgabe sah er auch das Apenrader Treffen an.

III

Aufgabe und Sinn des Apenrader Treffens

Das Programm der Apenrader Veranstaltung war in der fast schon zu einem Stil entwickelten Form dieser Begegnungen aufgebaut. Es ist die Absicht der Veranstalter beiderseits der Grenze, jeweils Vorträge über kulturelle Fragen beider Nationen zu bringen und darüber hinaus aktuelle Wirtschaftsthemen zur Debatte zu stellen. Nicht als kritische Anmerkung, sondern als Anregung glaubt der Chronist vorschlagen zu dürfen, daß man wie 1954 in Flensburg es wagen sollte, auch die historisch-politischen Probleme des Grenzlandes anzusprechen (das Experiment glückte ja 1954 vollauf), denn dadurch erfüllen diese Tage neben ihrer Aufgabe in vordergründiger Bedeutung ihren eigentlichen Sinn. Und dieser Sinn kann nur darin liegen, die *Kenntnisse der Menschen über die großen und gegenseitigen integrierenden Fragen beider Nationen zu vertiefen*. Auch auf das „Lokale“ kommt es dabei an. Wir leben in der Zeit der „Begegnungen“. Sie sind oft aus dem sicher echten ersten Impuls zu dankbar begrüßten Objekten der politisch-kulturellen Unterhaltungsindustrie geworden. Wenn auch namhafteste Kulturkritiker aus der freien Literaturwirtschaft und im Anfang sogar auch andere behördliche Ressorts sich darüber verwunderten, daß die Gemeinden hier eine Initiative ergriffen hätten, ja ihnen nachsichtig auf die Schulter klopfen, so hat es sich herumgesprochen, daß die Städte des Grenzlandes in Apenrade und Flensburg nicht „Politik“ gemacht, wohl aber für die Grundlagen einer guten Politik Voraussetzungen mit geschaffen haben. Auf die im Grenzland gesprochenen Worte wurde geachtet, sie stehen verbindlich da.

Dies können sie freilich nur, wenn sie Teilstücke eines auf lange Sicht durchdachten Programms sind, welches man von dem Apenrader Programm behaupten kann. Die Tagespresse berichtete ausführlich über die Begrüßungsreden und Vorträge. Es entsprach dem Geiste der Veranstaltung, wenn sowohl die nordschleswigschen Bürgermeister als der Flensburger Stadtpräsident Dr. Schmidt sich in ihren Ansprachen, in denen sie den Wunsch nach einer fruchtbaren Wechselwirkung der deutschen und dänischen Kultur aussprachen, *beider Sprachen bedienen*. Eine besondere Beachtung fand die später in Flensburg in Verbindung mit Dankesworten ausgesprochene Auffassung des Stadtpräsidenten, daß es wünschenswert sei, wenn alle Kinder im Grenzland in den Schulen mit beiden Sprachen vertraut gemacht werden könnten. Die „Sprachenfrage“ hatte noch vor drei Jahren einen freilich etwas allzu hektischen Wirbel ausgelöst. Nachdem 1960 jeder Redner in der Sprache seines Landes

sprach, war auch hier ein echter Fortschritt zu verzeichnen, so echt, daß die Simultan-Anlage, die zudem nicht einwandfrei funktionierte, eigentlich gar nicht nötig gewesen wäre. Sie wurde aber nicht nur wegen etwaiger technischer Mängel nicht so stark benutzt, sondern es erwies sich: Man kann, wenn man will!

Der Vortrag des Kieler Universitätsprofessors Erdmann brachte einen Überblick über die letzten hundert Jahre deutscher Geschichte und hinterließ einen starken Eindruck. Die Zuhörer waren über diese ehrliche Analyse deutschen politischen Geschehens ergriffen, und es kann festgestellt werden, daß vielleicht erstmalig einem großen dänischen Zuhörerkreis ein Bild aller Höhen und Tiefen unseres Volkes vermittelt wurde, das sowohl wegen seiner echten menschlichen Aussageform als auch in der umfassenden, ebenso klugen wie klaren Konzeption fesselte. Dieser Vortrag wird lange nachwirken. Für die deutschen Zuhörer war es interessant, eine große Periode der modernen dänischen Literatur um 1900 in dem scheinbar leidenschaftslos vorgetragenen Bericht des Aarhuser Literaturhistorikers Möller Kristensen kennenzulernen. Nicht nur, daß Möller Kristensen sich als hervorragender Kenner und Interpret des Stoffes erwies, sondern sowohl seine persönliche Diktion, getragen von der echten akademischen Leidenschaft, wie seine *neue* Deutung ließen diesen Vortrag zu einem wertvollen Beitrag werden. Dies gilt auch für die beiden dänischen Vorträge einerseits über die Felszeichnungen der europäischen Vorzeit (Prof. Glob) und andererseits die städtebauliche Planung der nordschleswigschen Städte (Professor Bredsdorff), obwohl der letztere Vortrag wohl nur von Fachkreisen ganz ausgewertet werden konnte. Die Vorträge des dänischen Staatsministers und des deutschen Bundesministers über Probleme der „sechs“ und der „sieben“ verzeichneten übervolle Säle. Sie machten deutlich, wie kompliziert das moderne wirtschaftliche Leben gestaltet ist, und bestachen den Laien unter den Zuhörern durch die ebenso würdige wie intime Weise, in der die beiden Minister sich in ihrem Vortrag gaben. Man verließ diese Veranstaltungen mit dem Gefühl, daß man beruhigt sein kann, wichtige Entscheidungen in den Händen dieser beiden Männer zu wissen. Ein Frühstück für geladene Gäste, an dem Staatsminister Kampmann und Bundesminister Erhard teilnahmen, wurde ebensosehr durch diese beiden Persönlichkeiten mit ihrem feinen Humor als durch die sprichwörtliche dänische Gastfreundschaft geprägt.

Daß die künstlerischen Beiträge wie jedesmal so auch jetzt wertvolle Bereicherung vermittelten, muß nachdrücklich verzeichnet werden. Solisten des Königlichen Theaters aus Kopenhagen brachten in Kabinettstücken szenischer Kunst in Ton und Wort dänisches und europäisches Kulturerbe nahe, während das Kopenhagener Streichquartett und das Flensburger Nordmark-Sinfonieorchester gleich hervorragende musikalische Leistungen und Erlebnisse schufen. Eine auf Anregung des deutschen Konsuls in Apenrade veranstaltete Ausstellung

deutscher Bücher fand eine erfreulich große Beachtung. Desgleichen interessierte sehr eine Ausstellung dänischen Kunstgewerbes, die im Apenrader Museum gezeigt wurde.

Das Programm hat also seine Aufgabe erfüllt, es brachte den Stoff. Seinen Sinn wird man aus der gegenwärtigen politischen und geistigen Situation an der Grenze herauslesen. Wenn wir die viel zitierte und in der Tat vorhandene Zeitwende, in der wir uns befinden, bestätigen, dann müssen wir den Weg unserer Arbeit, unseres Lebens neu abstecken. Politische, militärische und wirtschaftliche Gegebenheiten der Gegenwart erfordern eine neue Mentalität. Warum konnte man von Existenzkrisen der beiden Minderheiten sprechen — doch wohl deswegen, weil man in den Minderheiten bis weit in das 20. Jahrhundert hinein aus dem Geiste des Nationalstaates lebte, einer Staatsvorstellung also, die sehr eng an machtpolitische und oft sehr ungeistige Gegebenheiten gebunden ist — .und die, was wichtiger ist, durch die Entwicklungen in der europäischen Völker- und Staatengemeinschaft überholt wurde. Wenn man aber die Minderheiten unabhängig von dieser Politik betrachtet, wenn man ihnen sogar große Funktionen in der Zeitwende zuspricht, dann kann man höchstens von einer politischen Krise sprechen, indem die Minderheiten nach einem neuen Weg tasten, den sie noch nicht gefunden haben. Wenn sie sich jedoch in ihren einzelnen Menschen zu Botschaftern zwischen zwei Völkern entwickeln, dann befinden sie sich bereits ein Stück auf dem Wege. Nicht nur kann man nicht das Rad der Geschichte zurückdrehen, sondern man darf auch nicht sentimental werden, aber es ist gewiß nicht unrealistisch, wenn man feststellt, daß manches an den heutigen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten an den ehemaligen dänisch-deutschen Gesamtstaat erinnert. Niemand will ihn wieder schaffen; auch das, was an dem unseligen Erbe des 19. Jahrhunderts gut ist, muß verwaltet und fortentwickelt werden. Jedoch wird man klug tun, große Gedanken des 18. Jahrhunderts in unsere Zeit hinüberzuretten. Wir wollen nicht Schiller und den Herzog von Augustenburg, Holberg und Klopstock über Gebühr strapazieren, aber wir wollen *Kenntnisse* über sie verbreiten, u. a. ganz schlicht, wie der Stadtpräsident es anregt, unsere Sprachen kennenlernen. Wir tun gut daran zu versuchen, wieder Humanisten zu werden, d. h., um mit Jaspers zu reden, uns für die drei großen Ziele unserer Zeit einzusetzen: für die soziale Aufgabe einer gerechten Massenordnung, für eine Weltordnung, die nicht imperialistisch ist, und für einen Glauben. Nicht politischer Nihilismus, sondern die Liebe zu Sachen und Menschen sollte unser Handeln bestimmen. Zwar sind wir im Grenzland seit eh und je mehr Objekt als Subjekt der Geschichte, wir sollten jedoch nicht darauf verzichten, unsere Stimme zu erheben. Und was bedeutet das alles — was bedeuten die dänisch-deutschen Treffen in diesem Zusammenhange? Sie bedeuten, daß hier *Kenntnisse vermittelt werden, deren wir bedürfen, wenn wir geschichtlich leben*

wollen. Und geschichtlich leben heißt, zugleich für die Zukunft leben. Wir können nur aus dem Wissen um die Dinge zur Funktion in einem großen, uns unbekanntem göttlichen Plan werden. Wir können nur an uns selbst, als einzelnen, arbeiten und sollten dankbar erkennen, daß ein Deutscher oder Däne hierzulande, der bewußt lebt, gerade durch diese Situation zur Reife der Persönlichkeit gelangen kann. Das kostet geistige Arbeit und bringt einen großen Lohn. Der Lohn heißt: in sich selbst ruhen, denken und arbeiten. In der Tat, die Städte des Grenzlandes schufen mit ihren Programmen eine mitbürgerliche Atmosphäre. Es wird nunmehr schwerer, aber auch schöner, Deutscher oder Däne zu sein, denn es ist nie leicht, bewußt zu leben, jenseits aller „hyggeligen“ Strömungen der Nationalromantik (wir sind so edel!) oder jenseits aller nur staatlichen Größe (wir haben einen großen Auftrag!). Wir stehen im Umbruch, einem Umbruch, den der Vorsteher der dänischen Volkshochschule in Jarplund freilich etwas skeptisch analysierte, als er davon sprach, daß eine Entspannung zwischen Deutsch und Dänisch eingetreten sei, daß es aber schwer sei, zu entscheiden, ob dies ein Ausdruck einer zeitbegrenzten grenzpolitischen Konjunktur sei oder eine wirkliche Veränderung der seelischen Struktur bedeute. Wir wissen es nicht, aber wir können nur aus Überzeugung und Glauben handeln, wiederum mit Jaspers zu reden, bereit sein zur Kommunikation. Sie ist noch längst nicht überall vorhanden, diese Bereitschaft, aber sie wächst.

IV

Es geschah etwas

Die volkliche Begegnung und Spannung an unserer Grenze ist älter als die Geschichtsperiode, in der wir aufgewachsen sind. Der Bauer der schleswigschen Geest, der im 18. Jahrhundert Heu und Torf machte, war dem König von Dänemark untertan. Durch Bedingungen vielfach verschlungener politischer, kultureller und wirtschaftlicher Art wurde er im 19. Jahrhundert entweder Deutscher oder Däne. Die übereifrigen Bannerträger der Ideen dieses Jahrhunderts haben übersehen, daß mit dem 19. Jahrhundert die Geschichte ja nicht anfängt und auch nicht aufhört. Alles ist Bewegung, nirgends ist Stillstand. Auch wir, die wir heute glauben, Fundamente besseren Zusammenlebens legen zu dürfen, werden einmal ergänzungsbedürftig in unserem Plan sein. Was bleibt, ist der einzelne — sein Plan, sein Wille, aus seinem Leben ein Kunstwerk zu machen. Erst dann kann *allgemein* Großes geschehen.

Und wenn wir nun nach dem Neuen fragen, welches im Oktober in Apenrade und zuvor in Flensburg geschah, so muß man es sicher darin erblicken, daß die *Stadtgemeinden* erstmalig in dieser Art in Aktion getreten sind. Sie haben im industriellen Massenzeitalter viele Aufgaben übernehmen müssen, die ihnen früher fremd waren, neben schwierigen auch schöne Aufgaben. Sie haben die

Mäzene abgelöst, sie sind stellvertretend Ausfühler mancher Pläne geworden, die einstmals einzelne Bürger schufen und verwirklichten. Sie stellen in ihrer Repräsentation uns selbst dar und führen unseren Auftrag aus. Die Bürgerschaft lebt oder sollte auch in ihrer breiten Masse heute mit bewußter Zielsetzung leben. Tut sie dies, dann gibt es zwischen den Planenden und Aufnehmenden einer Stadtgemeinde einen guten Klang. Wir glauben, ihn aus den Treffen schon in Flensburg und erst recht in Apenrade herausgehört zu haben. Bürgermeister Paulsen sagte völlig zu Recht, daß wir den kulturellen Wettbewerb an der Grenze fortsetzen, aber seine Methoden veredeln wollen. Das ist eine neue Sprache, und neu ist, daß die Sprache selbst aus dem Bereich des politischen Bezirks, in dem sie über hundert Jahre oft ein unwürdiges Dasein führte, in den Bereich des Persönlichen, der Bildung, der Bereicherung des einzelnen wieder hinübergeführt ist. Und neu ist schließlich, daß die Gemeinden sich federführend in einer jahrhundertealten volklichen Spannungszone eingeschaltet haben.

DÄNISCH-DEUTSCHES TREFFEN APENRADE 1960

Wenn diese Zusammenkünfte dazu beitragen können, den gegenseitigen Respekt und die Achtung voreinander zu fördern und ein besseres Verständnis für die beiderseitigen Auffassungen und Meinungen herbeizuführen, dann erfüllen sie ihre Mission, und das Grenzland wird dann Brücke zwischen unseren Nationen sein.

Unsere Zielsetzung bei solchen Zusammenkünften ist es, gegenseitiges Vertrauen und Verständnis zwischen Deutschen und Dänen aufzubauen, ohne daß wir — jeder für sich — auf etwas verzichten, was zu unserer Eigenart gehört. Wir wollen, daß sich unsere Kulturen begegnen und die Meinungen ausgetauscht werden. Wir wollen den kulturellen Wettbewerb fortsetzen, aber erstreben eine Veredelung seiner Methoden.

BÜRGERMEISTER J. J. PAULSEN, TONDERN

Die deutschen Gäste sind überzeugt, daß ihr Bild von dem nördlichen Nachbarland in diesen Tagen der Begegnung wesentlich bereichert wird und daß sie vom Geist des dänischen Volkes und seiner Kräfte „mehr als nur einen Hauch“ verspüren werden. Es ist nie unsere Meinung gewesen, daß diese Tage der Begegnung — in Flensburg wie in Apenrade — unmittelbar im Dienst politischer

Zielsetzungen stehen sollten. Sie finden auf einer ganz anderen Ebene statt. Wohl aber ist es unsere Meinung, daß wir — indem wir uns um eine Atmosphäre gegenseitigen Verstehens, um die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen bemühen — einer Zeit gerecht werden, die an uns alle gemeinsame Forderungen stellt, und daß wir damit etwas tun, was sich schließlich doch politisch wertvoll auswirkt.

STADTPRÄSIDENT DR. HANNO SCHMIDT, FLENSBURG

DÄNISCH-DEUTSCHES TREFFEN APENRADE 1960

Die bisherigen Bestrebungen einer Zusammenarbeit innerhalb Europas haben zur Folge gehabt, daß heute zwei Marktgruppen bestehen, die unabhängig voneinander die Handelsschranken unter den Mitgliedsstaaten abbauen. Die Aufteilung dürfte den besten politischen und wirtschaftlichen Interessen Europas widerstreiten. Wenn die europäischen Länder die rechten Bedingungen für eine befriedigende Entwicklung in der Zukunft haben sollen, muß die Gemeinschaft fortgesetzt werden, so daß die Zusammenarbeit nicht in der jetzt geschaffenen Gruppierung erstarrt.

STAATSMINISTER KAMPMANN

Man soll nicht so tun, als ob das Problem eines Zusammenschlusses von EWG und EFTA technisch nicht zu lösen ist. Ich mache mich anheischig, das Modell dafür in vier Wochen auf den Tisch zu legen, wenn nur bei allen beteiligten Regierungen der politische Wille dazu gegeben ist.

BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER PROF. ERHARD

Dänisch und Deutsch

Hat der Grenzkampf in Mittel- und Südschleswig heute noch einen Sinn?

Im folgenden wird ein Vortrag, der am 12. Mai 1960 im dänischen Rundfunk von Stiftsfuldmægtig cand. jur. Axel Riishøi gehalten wurde, wiedergegeben.

Bei verschiedenen Gelegenheiten, z. B. in den „Helle Köpfe“ genannten Rundfunksendungen und anderen ähnlichen Fällen, hat es sich gezeigt, daß junge Menschen heute, sei es von Nordschleswig oder vom „alten Lande“, in der Regel nicht sehr viel vom Grenzproblem wissen. Auch kennen sie nicht sehr viele der Nationallieder aus der Zeit der Fremdherrschaft in Nordschleswig. Das trifft auch oft für recht begabte Schüler zu. Ob es am fehlenden Interesse der Schüler oder an gewissen Fehlern im Unterricht liegt, ist schwer zu sagen. Vielleicht liegt es einfach daran, daß die Grenzfrage dem aufwachsenden Geschlecht nicht mehr aktuell erscheint.

Dieser Zustand könnte als glücklich bezeichnet werden, insofern er eine Entspannung in unserem uralten Gegensatz zu Deutschland andeutet; und doch fällt es mir schwer, mich unbedingt darüber zu freuen. Und ich glaube, vielen anderen ist es wie mir ergangen. Es ist nicht ohne weiteres der Fall, daß nationale und historische „Entspannung“ vom Guten sind. Im Gegenteil: Ich glaube, es kann gefährlich sein, und will es gern in den folgenden Ausführungen begründen.

Vor kurzer Zeit feierten wir hier im Lande zwei vierzigjährige Jubiläen anlässlich unserer Südgrenze. Das eine war der 10. Februar 1960, als wir die vierzigjährige Wiederkehr des Abstimmungstages in Nordschleswig feierten, und das zweite war der 14. März, als das entsprechende Jubiläum in einem Teil Südschlewigs, der sogenannten „Zweiten Zone“, stattfand. Wie bekannt, wurde Nordschleswig 1920 in drei Abstimmungszonen eingeteilt: 1. Zone, die eine klare dänische Mehrheit hatte und daher ohne weitere Diskussion zu Dänemark kam; 2. Zone (Mittelschleswig), die eine ebenso klare deutsche Mehrheit hatte und bei Deutschland blieb; und schließlich die 3. Zone, wo aus der ursprünglich geplanten Abstimmung gar nichts wurde. Wenn man in heutiger Zeit das Wort „Südschleswig“ gebraucht, meint man damit das ganze Gebiet zwischen der jetzigen Staatsgrenze und der Eider, also sowohl die 2. als auch die 3. Zone. Sowohl Mittel- als auch Südschleswig werden heute in einem als „Südschleswig“ bezeichnet.

Bei solchen Gelegenheiten wie den erwähnten, also Jubiläen und dergleichen, hält

man natürlich Rückschau auf die vergangene Zeit, und diejenigen, die sich der großen Ereignisse erinnern können, erzählen davon, und das ist eine ganz natürliche Sache. Es waren ja große und ereignisreiche Tage damals. Aber gleichzeitig kann es im Jubiläumsjahr begründet sein, sich auf die Neuzeit und die Zukunft zu besinnen, so daß man sich selbst die Frage stellt, ob das Drum und Dran des Grenzkampfs immer noch etwas bedeutet. Ob es also überhaupt noch einen Sinn hat, heute den Grenzkampf zu führen.

Es werden nicht alle ohne weiteres diese Frage bejahen. Im Gegenteil, viele werden sie strikt verneinen. Das mag viele verschiedene Gründe haben. Es kann an Unwissenheit und Gleichgültigkeit liegen; es kann aus Furcht sein, Spannungen und Schwierigkeiten im Verhältnis zu unserem südlichen Nachbarn hervorzurufen; es kann der ernste Wunsch zugrunde liegen, die jahrtausendalte Spannung an der Grenze im Hinblick auf die aktuelle europäische Zusammenarbeit zum Abklingen zu bringen. Und ich habe den Eindruck, daß besonders die Jugend im „alten Lande“ fühlt, daß der Grenzkampf etwas Gewesenes und Abgeschlossenes ist, was der historischen Vergangenheit angehört und uns heute nicht verpflichtet. Das ist auf eine Weise verständlich und doch eigenartig; denn in den dreißiger Jahren, als die dänische Minderheit in Mittel- und Südschleswig sehr klein war, bestand ein recht lebhaftes Interesse an der Grenzfrage, obwohl die politischen Aussichten auf das Ergebnis des Kampfes sehr gering waren. Heute, wo es bedeutend mehr dänischgesinnte und dänischsprechende Menschen in diesem Gebiet gibt, sollte man annehmen, daß mehr Anlaß zu Optimismus und Kampfeifer vorliege; das ist nun jedoch nicht der Fall. Man kann es gewiß so erklären, daß das Interesse des Volkes am Grenzkampf vor allen Dingen abhängig ist von der Herausforderung der Lebensinteressen der Nationen, die vorhanden sind oder auch nicht. In den dreißiger Jahren wurden wir von der nationalsozialistischen Flutwelle bedroht, und deshalb flammte das Interesse auf. Heute sind wir befreundet mit dem offiziellen Deutschland und auf enge Zusammenarbeit eingestellt, und deshalb sinkt das Interesse für die Grenzfrage.

Ein anderer Grund für das schwache Interesse kann die Krisis sein, in der sich anscheinend jegliche Vereinsarbeit und Jugendarbeit befindet, wenn man mit „Vereinsarbeit“ die traditionelle meint: Zusammenschlüsse mit organisatorisch geplanter Arbeit, Vorträgen und Aufklärung usw. Das betrifft sowohl die politische als auch die Volkstumsarbeit. In Dänemark sowie auch in den Nachbarländern scheint eine gewisse Mattheit nach den hektischen politischen Ausschweifungen der dreißiger Jahre eingetreten zu sein. Die Nachwirkungen der großen ideologischen Orgien jagen Furcht ein. Das ist ganz verständlich. Überhaupt sind wir nach dem zweiten Weltkriege anscheinend in eine Epoche eingetreten, in der das Interesse an öffentlichen Angelegenheiten bei dem einfachen Bürger im

Schwinden begriffen ist, u. a. auf Grund der Unübersehbarkeit der Probleme. Wir erleben in diesen Monaten zum Beispiel, daß die Regierung unseres Landes und das Folketing Beschlüsse von weitreichender Bedeutung für die künftige Politik unseres Volkes fassen, nämlich den Anschluß an die Freihandelszone der Sieben, ohne daß man aus diesem Anlaß heftige Debatten im Lande führt. Die meisten Menschen können einfach die Probleme nicht überschauen, und Gefühle sprechen auch nicht mit. Dann gibt man es auf. Das war anders in alten Tagen, zum Beispiel, als die Menschen in der Zeit des Provisoriums für die Demokratie oder als die Nordschleswiger während der Fremdherrschaft für ihr Dänentum kämpften. Da handelte es sich um Recht und Unrecht — einfache und klare Ziele, die jeder verstehen und für die jeder kämpfen konnte.

Es sind in der letzten Generation viele entscheidende Veränderungen in dem geistigen und politischen Gesicht Europas eingetreten, und einer der erfreulichsten Züge ist die Überwindung vieler traditioneller nationaler Gegensätze. Zum Beispiel haben sich die alten „Erbfeinde“ Frankreich und Deutschland in einer intimen und anscheinend haltbaren Zusammenarbeit gefunden. Gleichzeitig aber scheint es, als ob die alten Ideenkämpfe verschwunden sind. Das Erbe des 19. Jahrhunderts ist im Begriff, sich völlig abzuwickeln.

Das 19. Jahrhundert war die Zeit der großen Volksbewegungen. Man kämpfte für die Volksherrschaft, für den Liberalismus, für den Sozialismus, für die nationale Befreiung unterdrückter Völker und für den Zusammenschluß zu Nationalstaaten, die die bisherigen Fürstendynastien ablösen sollten. Diese Gedanken errangen im Beginn des 20. Jahrhunderts den Sieg und führten in den zwanziger Jahren zur Errichtung einer Reihe neuer Nationalstaaten. Die Abstimmung in Nordschleswig war kein isolierter Fall, sondern der Ausdruck eines Prinzips, das modern war, nämlich des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Aber indem die Demokratie auf diese Weise einige ihrer schönsten Blumen pflanzte, wurde gleichzeitig auch an manchen Orten in Europa ihr Grab gegraben. Etliche der neuen Nationalstaaten, z. B. die baltischen Länder, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn usw., bewahrten ihre Selbständigkeit nur kurze Zeit. Und bald wurde der Nationalitätsgedanke im Nationalsozialismus auf das grösste kompromittiert. Die Ideologien verwüsteten Europa in der Zwischen- und Nachkriegszeit, und gute alte Wörter wie Demokratie, Freiheit, Gleichheit usw. drohten leere Phrasen zu werden. All dieses ist sicher der Grund, daß es etwa Mitte des 20. Jahrhunderts so schwer geworden ist, Menschen für große Gedanken zu interessieren, ja gar zu begeistern. Und es ist nach den stattgefundenen Ereignissen verständlich, daß die Menschen so reagiert haben. Unter diesen Umständen muß man jedoch auch verstehen, daß die spezielle Anwendung des Nationalitätsgedankens, die an unserer Südgrenze aktuell ist,

zum Problem wird. Für die heranwachsende Jugend ist dieser Kampf keine Selbstverständlichkeit, sondern im Gegenteil ein Stück Geschichte.

Und dann kommt die entscheidende Frage: „Ist es so schlimm?“ Hat dieser ganze Grenzkampf nicht seine Bedeutung verloren? Ist es nicht eine Sache, die sich überlebt hat?

Viele werden dieser Meinung sein. Und in einem gewissen Sinne ist es richtig, insofern diese *Formen* des Grenzkampfes sich überlebt haben. Man kann heute den Nationalitätskampf nicht auf ganz dieselbe Weise führen wie in alten Tagen. Die Geschichte wiederholt sich in diesem Sinne nie. Es besteht z. B. kein Zweifel, daß der traditionelle Grenzkampf in viel zu hohem Maße von altmodischem Patriotismus geprägt gewesen ist, was der allgemeinen alltäglichen Lebensform von heute fernliegt. Aber was ich nicht befürworten kann und was ich in diesen Jahren ernstlich befürchte, ist die Tatsache, daß der Grenzkampf im großen und ganzen seine Macht über die Gemüter, und speziell über die Jugend, verliert. Sollte das eintreten, dann glaube ich, daß bedeutende kulturelle Werte verlorengehen werden.

*

Warum soll denn der Grenzkampf geführt werden? Ich werde drei wichtige Gründe hierfür anführen:

Erstens kann kein Volk einer historischen Perspektive entbehren. Man ist heute stark geneigt, im Nu zu leben. Man will gern sein Dasein sichern und die Gemeinschaft „effektiv“ machen. Die Perspektive zur Vergangenheit fehlt, zur Schöpfung und zur Geschichte. Das ist eine Schwäche, sowohl religiös als auch volkstumsmäßig. Und zur Zukunft fehlt die Perspektive auch. Es ist, als ob hier alles aus Angst vor der Atombombe verschlungen wird. Aber die *Geschichte* ist nun einmal die beste Inspiration des Volkes und der Dichtung, und sie zeigt uns, daß die Vergangenheit reich an Versäumnissen ist, die wiedergutmacht werden müssen. Dem können wir nicht entrinnen. Auch heute nicht, wo ganz andere Fragen modern zu sein scheinen.

Zum anderen möchte ich unterstreichen, daß der Kern der Grenzfrage heute nicht nur etwas Geschichtliches ist, sondern auch etwas Gegenwärtiges. Sie ist in des Wortes eigentlicher Bedeutung „menschlich“. Es handelt sich um Menschen. Sie ist etwas Alltägliches, ohne große Worte und Gebärden. Der größte Teil der Anhänger des südschleswigschen Dänentums sind heute „kleine Leute“. Es handelt sich um eine Erweckung, die ungefähr jener Erweckung des gemeinen Volkes entspricht, die Mitte des vorigen Jahrhunderts über den größten Teil Dänemarks hinwegging, die jedoch damals nicht Südschleswig ergriff. Allein diese Tatsache dürfte ausreichend die positive Bedeutung des heutigen Grenzkampfes beweisen, denn solange es Menschen in Südschleswig gibt, die unsere Hilfe in ihrer menschlichen und geistigen Entwicklung benötigen, müssen wir ihnen

entgegenkommen. Das bedeutet keineswegs nationale Propaganda und Neubekehrerei. Und noch weniger bedeutet es Haß gegen Deutschland, im Gegenteil. Ein geistiger Kampf, der ehrlich geführt wird, sollte nicht zu Haß führen können. Etwas anderes ist es, daß Deutschland früher manchmal unfaire und brutale Mittel benutzt hat, so in der KÖllerperiode und in der Zeit des Nationalsozialismus; aber das Deutschland, dem wir heute gegenüberstehen, ist trotz allem ein ganz anderes Deutschland.

Der dritte Grund, den ich anführen will, daß wir Grenzkampf führen sollen, ist die Situation, in der wir heute mit der stark ausgebauten europäischen Zusammenarbeit stehen. Diese Rücksichtnahme, die für eine Abwicklung des Grenzkampfs zu sprechen *scheint*, muß uns in Wirklichkeit dazu auffordern, sie zu intensivieren. Die Sache ist nämlich die, daß die Arbeit für „zwischenvolkliche Zusammenarbeit“ — oder vielleicht besser: Weltbürgertum und europäisches Bürgertum — wohl eine gebieterische Notwendigkeit ist, und es ist außerordentlich erfreulich, daß sie in Fluß geraten ist, aber es ist jedoch keine ungefährliche Situation für die kleinen Länder. Es kann geschehen, daß alle Unterschiede verwischt werden, und das ist beides: gut und schlecht. Es ist gut, insofern es erfreulich ist, daß die Völker Europas mit ihren sehr unterschiedlichen Traditionen gemeinsame Erlebnisse haben können. Sogar im Alltag geschieht es, z. B. im Fernsehen („Eurovision“). Aber gleichzeitig besteht die Gefahr, daß die volkliche Buntheit, die seit eh und je der Reichtum Europas gewesen ist, verschwinden kann, so daß wir alle gleich werden und gleich denken. Und das wird kein unbedingter Gewinn werden. Es wird nicht einmal eigentlichen Frieden verschaffen; denn Leute, die gleich denken, können sich trotzdem wohl zanken. Umgekehrt läßt sich Verschiedenheit gut mit gegenseitigem Respekt vereinen. Wenn die Buntheit Europas einen Reichtum bedeutet, dann werden also geistige Grenzkämpfe ständig eine Notwendigkeit bleiben und eine Quelle fruchtbarer Spannungen.

*

Diese drei Dinge sind für mich ausreichend entscheidend, um zu begründen, daß der Grenzkampf ständig geführt werden muß. Gleichzeitig jedoch muß man erkennen, daß er auf andere Weise als in alten Tagen geführt werden muß. Und diese Erkenntnis ist schon auf dem besten Wege, durchzudringen, sowohl nördlich als auch südlich der Grenze.

Das bedeutet u. a., daß das Grenzproblem kompliziert und vieldeutig wird. Es handelt sich nicht um reine Helden und reine Schurken, um „weiß“ und „schwarz“ auf jeder Seite der nationalen Scheide; aber die beiden Parteien des Kampfes können sehr wohl voneinander lernen. Ja, in Wirklichkeit lernt man gerade seinen Gegner durch den Kampf kennen, vorausgesetzt, es handelt sich um einen *geistigen* Kampf. Wir kennen faktisch Deutschland besser als irgendeine andere

europäische Nation, und dazu hat der Grenzkampf beigetragen. Oft wird dies von den Menschen am deutlichsten empfunden, die den Grenzkampf aus nächster Nähe erleben. Sie erfahren, daß der Kampf eine Art ist, mit Menschen zu verkehren. Er hinterläßt natürlich Schrammen, und er kann Bitterkeit hervorrufen. Aber er kann auch reiche Menschenkenntnis vermitteln. Das hängt ganz davon ab, wie die Menschen sind, die den Kampf führen. Dieser Sinn für Nuancen ist kaum so einleuchtend für Menschen, die weitentfernt vom Grenzland wohnen, und deshalb können diese Menschen leichter entweder zur Gleichgültigkeit oder zum Fanatismus verführt werden. In der Entfernung wird ja alles vereinfacht.

Ich bin deshalb der Meinung, daß es kein unbedingter Gewinn sein wird, wenn die Spannung an unserer Südgrenze aufhört, und ich bin nicht einmal sicher, daß es, wenn es geschieht, eine wirkliche Verbesserung in unserem Verhältnis zu Deutschland bedeuten würde. Wohl eine Befriedung, natürlich, aber gleichzeitig eine steigende Gleichgültigkeit und ein Gefühl der Fremdheit. Wir können als Parallele unser Verhältnis zu Schweden nennen. Hier wurden ja nach dem Ende der Schwedenkriege, wie wir alle wissen, die Beziehungen sehr friedlich — das ist richtig. Aber gleichzeitig wurden sie auch kühler. Unser Verhältnis zu Schweden wurde korrekt, aber im tiefsten gleichgültig. Nicht viele Dänen *kennen* in Wirklichkeit Schweden, ganz im Ernst, nicht einmal die früheren dänischen Provinzen Skåne, Halland und Blekinge. Warum? Weil der Kampf zwischen Dänisch und Schwedisch seinerzeit ohne geistigen Wettstreit abgewickelt wurde. Die zwei Nationen lebten zweihundert Jahre jede in ihrer Welt. Und trotz aller nordischen Bestrebungen ist es ständig sehr schwer, dies Verhältnis wiederherzustellen. *Friede* ist also eine gute Sache, aber es muß ein positiver Friede sein, ein Friede voller Wärme, nicht der Friede des Todes und der Gleichgültigkeit.

Die Dänen haben jedoch immer eine gewisse Vorliebe für diesen Frieden des Todes und der Gleichgültigkeit gehabt. Das hängt mit unserer Bequemlichkeit und Selbstgefälligkeit zusammen. Nachdem Dänemark, gezwungen durch die harten äußeren Umstände der Geschichte, seine Träume von Großmacht begraben mußte, geschah es, daß wir anfangen, unsere Kleinheit und unseren Sinn für die Idylle, für das Gemütliche und das breit Volkliche zu hegen. Wir wollten nur nicht zuviel Unruhe in das Dasein bringen. Und wir wurden beleidigt, wenn die Unruhe trotzdem kam. So ist unser Verhältnis im Hinblick auf alle unsere Nachbarn in den letzten Generationen gewesen, ob es sich nun um die nationalen Auseinandersetzungen der Færøer, Islands, Norwegens oder Deutschlands mit uns handelte. Gezwungen von der Unruhe jedoch, mußten wir der Wahrheit in die Augen schauen. Und wir lernten dadurch eine Menge, sowohl über uns selbst als auch über unsere Nachbarn.

Woran wir uns heute dringend erinnern müßten, ist die Tatsache, daß der

Grenzkampf weitergeht und daß es vom Guten ist, daß er weitergeht. Er hat eine Perspektive, sowohl in die Vergangenheit als auch in die Zukunft, und er hat eine menschliche Meinung und einen Wert, nach innen für uns selbst als auch nach außen für die eigene Bevölkerung des Grenzlandes, ja für ganz Europa. Wir müssen unseren Gegner und Nachbarn kennenlernen und uns gleichzeitig gegen ihn verteidigen. Das ist das Paradoxe des Grenzlandes.

Dieser Kampf ist nicht lauter Bosheit, sondern im Gegenteil, wenn er richtig geführt wird, eine Inspiration. „Ehrlicher Kampf ist Freude des Geistes“, wie Grundtvig singt. Der Kampf ist nicht veraltet, aber er muß nach den eigenen Bedürfnissen unserer Zeit geführt werden. Es ist derselbe Kampf wie in tausend Jahren und doch anders als in irgendeinem früheren Zeitraum. Er ist alt und doch zugleich neu. Er ist voller Traditionen und soll uns doch auf völlig moderne Weise begegnen.

Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie erneuert sich.

Vereint und geteilt

Man hat in diesem Jahr einer fünfhundertjährigen und einer vierzigjährigen Begebenheit gedacht: der Ripener Privilegien vom 5. März 1460 und der Vereinigung Nordschleswigs mit Dänemark 1920. Bei einer Betrachtung dieser zwei Zeiträume wird man vielleicht den Eindruck bekommen, daß verhältnismäßig ebenso große Umwälzungen in den letzten vierzig Jahren geschehen sind wie in den fünfhundert Jahren zusammen. Aber das ist, wie in so vielen Fällen, nur ein relativer Trugschluß. Zugegeben, daß die Umwälzungen, die die verschiedenen geschichtlichen Perioden vorbereiteten, mit der Zeit heftiger geworden sind und anscheinend einen schnelleren Verlauf genommen haben.

Man hat auf dänischer Seite sowohl in Wort und Schrift der Begebenheiten in Ripen gedacht, die zu einem begriffsmäßigen Zusammenschluß (jedoch mit einem Bindestrich dazwischen) des Herzogtums Schleswig und der bisherigen Grafschaft Holstein führten u. a. m., und man hat sie auf deutscher Seite gefeiert. Es ist höchst erfreulich, daß es auf eine ruhige und würdige Art geschehen ist. Die Gesichtspunkte, die von beiden Seiten hervorgebracht sind, waren sachlich, obwohl nicht volle Einigkeit geherrscht hat über die staatsrechtliche Bedeutung, die dem Ripener Brief beigelegt werden kann, der im Zeitalter des Feudalismus angefertigt wurde und folglich in den folgenden Epochen mit ihren geänderten Verhältnissen an Gültigkeit verlieren mußte. Aus gutem Grund ist in anderem Zusammenhang auf den unbeständigen Charakter der Staatsräson hingewiesen worden, und eine ähnliche Betrachtung kann mit Fug auch hier zugrunde gelegt werden. Außerdem hat die Geschichte die Dauer des Gelöbnisses von der Unteilbarkeit und Zusammengehörigkeit gebrochen.

Ich habe mit ungeteiltem Interesse die Referate der Reden, die am 5. März d. J. bei dem Jubiläumsfest im Kieler Theater vom Ministerpräsidenten von Hassel und von Prof. Dr. Alexander Scharff gehalten wurden; gelesen und wage im folgenden als gewöhnlicher Betrachter einige Bemerkungen zu den dort zu Worte gekommenen Gesichtspunkten zu machen. Meine schleswigschen und holsteinischen Vorfahren werden in ihrem Himmel über meine dänische Begründung sicherlich nicht in Zorn geraten. Diese Probleme haben ihnen sicher nicht viele Überlegungen und nicht das Kopfzerbrechen abverlangt, das sie den Historikern verursacht haben. Ja sie sind, nach allem zu urteilen, auch nicht von dem politisch betonten, national-liberalen Stammesbewußtsein einer späteren und neueren Zeit, sei es deutsch oder dänisch, beseelt gewesen. Und wer wird selbst

heute verneinen, daß ein deutlicher Wesensunterschied zwischen Schleswigern und Holsteinern besteht?

Niemand wird heute mehr behaupten können, daß Schlesiws vorkliche Vorzeit nicht dänisch war, und wenn Ministerpräsident von Hassel bei der Feier in Kiel betonte, daß die Herzogtümer durch vier Jahrhunderte staatsrechtlich, kulturell und ökonomisch mit Dänemark verknüpft waren, wird man das nicht bestreiten können, wenn man die Streitfrage 1721 links liegen läßt. Aber damit kann man nicht umgehen, was die Voraussetzung für 1460 war: der Griff der holsteinischen Grafen nach Schleswig unter Ausnutzung des damals herrschenden Lehnswesens, durch Anleihen, Pfändungen und Ausschreibungen. Als typisches Zeichen dafür, daß man in dieser Hinsicht Grenzen unbeachtet ließ, kann man erwähnen, daß diese Bestrebungen, vom Hunger nach Land diktiert und von Familienverhältnissen begünstigt, sich ganz bis nach Schweden erstreckten. Demjenigen, der an Birger Jarls und Königin Mechtildes demoliertem Grabmal in der Klosterkirche von Varnhem gestanden hat, wird sich die Erinnerung an diese Verhältnisse einprägen.

Allmählich wird wohl auch darüber Einigkeit herrschen, daß die nationalistische Ausnutzung der im Ripener Brief zugesicherten „ewigen Unteilbarkeit“ von Schleswig und Holstein ein Anachronismus war. Erstens war „ewig“ eine Formel, die auf mannigfachen damaligen Dokumenten angewandt wurde, und zweitens dauerte die Unteilbarkeit nicht besonders lange, sondern wurde durch die Teilungen 1490 und 1544 illusorisch gemacht. Nach blieben dann die Privilegien der Ritterschaft und der Stände, obwohl der Landtag, der seit der Union 1466 für die zwei Herzogtümer gemeinsam war, aufgehoben wurde. 1675, nachdem der Absolutismus eingeführt worden war, lebten die alten Rechte fort — durch die Deutsche Kanzlei in Kopenhagen. In dieser Verbindung ist es wert, sich zu erinnern, daß die Ritterschaft holsteinischen Ursprungs war und daß sie erst schleswig-holsteinisch wurde, nachdem der holsteinische Adel mit der Gegend zwischen Eider und Schlei als Sprungbrett, in Schleswig Fuß gefaßt hatte. Die Dichte dieser Aneignung hat ohne Zweifel entscheidenden Einfluß auf die jetzige Grenze gehabt.

Es waren unter dem Absolutismus besonders die Holsteiner, denen die Privilegien zugute kamen, und dank ihrer materiellen Überlegenheit und infolge ihrer kulturellen Vorzugsstellung erhielten sie allmählich einen bedeutenden Einfluß auf die Regierung des Gesamtstaates. So paradox es in unserer Zeit auch klingen mag, waren sie wohl aus demselben Grunde — und hier gilt es vorzugsweise die Aristokratie — einige der meistbegeisterten Patrioten innerhalb der Monarchie. Bei den Festen, die in den holsteinischen Städten anläßlich des hundertjährigen Jubiläums für die Einführung des Absolutismus gefeiert wurden, wurden begeisterte Lobreden gehalten über die guten Verhältnisse, die man unter

dem Szepter des dänischen Königs hatte; im Gegensatz zu dem Unfrieden, der südlich der Reichsgrenze herrschte. Man fühlte sich also als Bürger in dem dänischen Gesamtstaat, eine Tatsache, die wohl geeignet ist, die Behauptung, daß ein Schleswig-Holstein bestanden habe, das, trotz seiner autonomen Stellung, auf die Bezeichnung eines selbständigen Staates habe Anspruch erheben können, zu widerlegen.

Die Hoffnung hierauf wurde von Preußen, das nicht nur die alten Privilegien, sondern auch die Nationalität der Bevölkerung geringschätzte, vereitelt. Die schleswig-holsteinische Einheit, die übrigblieb, wurde aufgelöst und, um nochmals Ministerpräsident von Hassel zu zitieren, dem deutschen Volk und dessen Schicksal eingegliedert. Mit diesem Machtspruche wurde auch das Schicksal des dänischen Teils Schleswigs entschieden, und erst 1920 fand, wie Prof. Scharff es ausdrückte, eine Entscheidung nach dem Recht der lebenden Generationen statt.

*

Und hier sind wir nun bei dem zweiten Jubiläum, das an diese Entscheidung anknüpft. Es ist durch die vergangenen Jahre hindurch viel geschehen. Schleswig wurde geteilt, und es wurde eine preußische Provinz. Es bekam auch, wie es noch immer der Fall ist, seinen eigenen Bischof. Aber der zurückgebliebene Teil ist jetzt mit Holstein in dem föderativen deutschen Bundesstaat zusammengefügt. Nach einer bewegten Zeit, die den Zusammenbruch des von Bismarck zusammengeschmiedeten Deutschen Reiches nach dem ersten Weltkrieg, nach dem Schiffbruch der Weimarer Republik mitsamt seinem mißglückten Versuch einer europäischen Versöhnung und dem darauffolgenden unglücklichen Dasein des deutschen Volkes unter einer dämonischen Diktatur, die nach dem zweiten Weltkrieg das Land in Ruinen hinterließ, sah, ist die Welt eine ganz andere geworden. Sie ist durch zwei politische Ideologien geteilt. Ein Teil will sie mit Zwang retten, ein anderer sucht Frieden und Fortschritt durch Freiheit und Demokratie. Es ist eine Teilung von weit ernsterem Charakter als die kleine Teilungsfrage, die die Gemüter in unserem alten Grenzland bewegt hat, und so ernst, daß sie im Begriff ist, die alten Meinungsunterschiede auszulöschen.

Deshalb können wir gut des Vorausgegangenen gedenken. Die dänischen Nordschleswiger erlebten unter dem preußischen Regiment den Ausschlag einer Staatsräson, die die Minderheitenfrage geringschätzte, nach dem ersten Weltkrieg eine Auseinandersetzung in der Minderheitenpolitik, die sich in Wirklichkeit als eine Fortsetzung des alten Gegensatzes auswirkte und auf der alten Devise von der Unteilbarkeit der beiden früheren Herzogtümer basierte. Um dies Ziel zu erreichen, forderte man kulturelle Autonomie, und hierzu muß man dann die Haltung der deutschen Minderheit unter dem Hitlerregime während der Besetzung Dänemarks fügen, die die Nichtanerkennung der Abmachung von 1920 zum Ziel hatte. Daß sie richtig war, hat die Haltung der Bevölkerung Jahre hindurch gezeigt

und ist nicht nur bei den stattgefundenen Wahlen, sondern auch durch die ganze bevölkerungsmäßige und kulturelle Entwicklung, die stattgefunden hat, bestätigt worden. Nördlich der Grenze verschwindet das Schleswigertum immer mehr und ist wohl nur eine Art Begriff innerhalb der deutschen Minderheit, die, soweit man urteilen kann, mit ihrer Loyalitätserklärung den alten Schleswig-Holsteinismus abgelegt hat, um sich in ein Dasein ähnlich dem des Gesamtstaates zu begeben. Schleswig-Holstein ist heute das Resultat einer endgültigen Teilung geworden, und der alte Ripener Brief ist nichts anderes als ein Archiv-Dokument. Wir sind beiderseits der Grenze im Begriff, unsere rostigen historischen und politischen Streitwaffen zu begraben, indem gleichzeitig Irrtümer erkannt werden und eine neue Schau in die Zukunft sich öffnet. Hier an unserer Grenze hat das Bewußtsein um gemeinsame Sorgen nach der neuen demokratischen Entwicklung in Deutschland die Minderheitenfreiheit, die in gegenseitigen Erklärungen verankert worden ist, gefördert. Bei Betrachtung dieser Entwicklung zitiere ich mit Interesse Ministerpräsident von Hassels Worte bei der Feier des alten Ripener Dokuments, daß die deutsch-dänische Grenze nun in der europäischen Situation verankert sei, was zu einem freundschaftlichen Verhältnis und einer guten Nachbarschaft zwischen den zwei Ländern geführt hat.

Dadurch, daß wir auf diese Weise der Forderung der Zeit folgen, werden wir auch gegenseitiges Verständnis erreichen, nicht nur, was die Verwicklungen der Vergangenheit, sondern auch, was die Willkür und die Verhältnisse, unter denen die beiden Völker leben, angeht. Das vor kurzem in Apenrade abgehaltene Dänisch- Deutsche Treffen zeigt, daß hier an der Grenze ein guter Anfang gemacht ist.

1460 – 1920 – 1960

500 Jahre — ein halbes Jahrtausend — sind vergangen, seitdem der Ripener Vertrag abgeschlossen wurde, und es hat nicht an Reden, Gedenkartikeln und Feierstunden zu seinen Ehren gefehlt. Bedeutet aber dieser Tag von Ripen uns tatsächlich noch etwas? Was soll uns Schleswig-Holsteinern des Jahres 1960 die Erinnerung an diesen Tag? Nur vereinzelte dänische Grenzpublizisten machen es sich leicht. Für sie ist jetzt wie seit Jahrzehnten 1460 der Zeitpunkt, an dem die Eroberung des Bodens freier dänischer Bauern und Bürger durch holsteinische Adlige besiegelt wird und gleichzeitig damit der Beginn einer Germanisierung Schlesiwijs einsetzt. Es wird natürlich niemand bestreiten, daß man von dem Standpunkt des Nationaldenkens das Jahr 1460 so sehen kann, nur muß man dann in Kauf nehmen, daß schon ein flüchtiges Studium der dänischen und schleswig-holsteinischen Geschichtsschreibung zeigt, daß diese Betrachtungsweise schief ist.

Für die Schleswig-Holsteiner ist es andererseits mit dem Tag von Ripen eigentlich auch gar nicht so leicht, man merkt es allerdings nicht immer. Das mag verwunderlich klingen, denn nach dem Wort: „Wat den een sien Uul, is de anner sien Nachtigall“ hat der Tag von Ripen für den Schleswig-Holsteiner sozusagen den Rang eines Geburtstages. Und doch ist ein Haken dabei.

1460 gab es nur wenige Schleswig-Holsteiner; das waren eben jene teils übel und teils gut — je nach nationaler Einstellung des Betrachters — beleumdeten schleswig-holsteinischen Adligen, die vertragsschließende Partner in Ripen waren. Die gemeinsamen Landtage der späteren Zeit haben dann schnell die Herzogtümer Schleswig und Holstein zusammenwachsen lassen, so daß schon das 16. Jahrhundert nicht nur allgemein bei dem Adel, sondern auch bei dem Bürger und der Geistlichkeit das Bewußtsein schleswig-holsteinischer Gemeinsamkeit sah. Das Jahr 1848 beendete diesen alten Begriff schleswig-holsteinischer Gemeinsamkeit, der sich kaum um die Nationalität gekümmert hatte. Schleswig-Holsteiner sein hieß seit 1848 Deutscher sein. Die Verknüpfung der Schleswig-Holsteiner mit dem deutschen Schicksal ist seitdem immer enger und auch folgenreicher geworden. Gewiß hat die Auseinandersetzung um die Grenze und die Volkstumsarbeit noch nach 1920 eine erhebliche Rolle gespielt, das hing natürlich auch mit der jeweiligen Lage im Grenzgebiet zusammen, aber es ist sicher nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß in der Gegenwart auch den Schleswig-Holsteinern im Grenzgebiet das, was man „die deutsche Frage“

oder die „Ost-West-Auseinandersetzung“ nennt, sehr viel wichtiger ist. Und da dreht es sich zwar auch um nationale, vor allem aber um menschliche, und zwar sowohl ethische wie soziologische Fragen, um die Frage, wie der Mensch in der modernen Industriegesellschaft leben soll. Diese Frage hat für jeden Schleswig-Holsteiner eine beängstigende Aktualität. Und diese Aktualität hat das Wort „Up ewig ungedeeft“ nun gewiß nicht, oder besser gesagt, es hat sie nicht mehr. Der Versuch, dieses Wort auf die deutsche Frage der Gegenwart zu übertragen, ist absurd, aus dem einfachen Grunde, weil es nicht paßt, weil das nationale Wollen nur bestenfalls einen Sektor dieses Komplexes ausfüllt. Es mag sein, daß dieser Schlachtruf unserer Väter aus der Abstimmungszeit und unserer Urgroßväter aus der Zeit von 1848 einmal wieder hierzulande aktuell wird, im Augenblick aber sieht es wirklich nicht danach aus. Somit scheint es tatsächlich bei einer unverbindlichen Geburtstagsfeier Schleswig-Holsteins zu bleiben, die allerdings die fünfhundertste ist.

Man sollte jedoch den Tag von Ripen in seinem Bewußtsein an die richtige Stelle setzen, dann erhält auch das Jahr 1460 einen durchaus zeitgemäßen Sinn. Es ist eine von einem hervorragenden Gelehrten unserer Zeit formulierte Wahrheit, daß der Mensch in mehreren Gemeinschaftskreisen lebt, die sich, schematisch gedacht, konzentrisch vergrößern. Der engste Kreis ist die Familie, ein weiterer der Umkreis des beruflichen Wirkens, ein weiterer der der Heimat, ein weiterer der des Volkes oder Vaterlandes. Jeder dieser Kreise hat für den Menschen seinen Wert in sich. Wenn einer fehlt oder zerstört ist, dann leidet die Ganzheit des Menschen — bewußt oder unbewußt. Das merken nicht nur Heimatvertriebene, sondern jeder nachdenkliche Deutsche, dem nicht nur das Vaterland zerteilt, sondern auch das Bild seines Vaterlandes durch den Nationalsozialismus verdunkelt ist. Es ist sicher, daß heute noch mehr als früher einer Mehrzahl von Mitmenschen das Vaterland nur eine Paß-, Währungs- und Zolleinheit bedeutet, daß ihnen die Heimat ein Nichts und die Familie eine lästige Bindung ist. Es sei die nur scheinbar kühne Behauptung gestattet, daß diesen Menschen der eigentliche Kern des Mensch-Seins fehlt, nämlich das Wissen darum, daß der Mensch nicht nur im Raum, sondern auch in der Zeit lebt, daß es in der Familie, in der Heimat und im Volk ein Gestern gab und auch ein Morgen geben wird, für das die Gegenwart die Verantwortung trägt. Ein Mensch, der dieses weiß, wird nicht auf wertvolle, erhaltene Güter der Vergangenheit verzichten wollen, er wird sich auch der Wichtigkeit bewußt sein, die für ihn als Mensch der politische Geburtstag seiner Heimat Schleswig-Holstein hat. Und er wird es auch als einen Vorteil empfinden, daß er nicht in einer schweren Kampfsituation um Schleswig-Holstein steht, wie in der Zeit von 1848 über 1864, 1920 bis 1947, sondern Gelegenheit hat zu einer Besinnung, die keiner Polemik zu dienen braucht, nämlich darüber, wie es zu dem Vertrag von Ripen kam, was er bedeutete und

welche Folgen er für Schleswig-Holstein hatte.

Es wäre nun müßig, das sachliche Fazit aller Artikel dieses Jahres in der Festschrift der Ritterschaft und den verschiedenen Zeitschriften, einschließlich des Beitrags des Verfassers im ersten diesjährigen Heft dieser Zeitschrift, zu ziehen. Jedoch seien einige Betrachtungen auf Grund dieser Beiträge gestattet, die sich einem angesichts mancher publizistischer Äußerungen zu diesem Thema aufdrängen.

An dem Vertrag von Ripen sind, im großen und ganzen gesehen, drei Partner beteiligt gewesen: die schleswig-holsteinischen Adels-Räte, der dänische Adel, vertreten durch die Reichsräte, und König Christian I. Wenn man es auch vom Standpunkt des 19. Jahrhunderts bedauern mag, ändert das doch nichts an der Tatsache, daß es damals außer Herzog bzw. König und Adel weder in Holstein noch in Schleswig, noch in Dänemark Träger eines politischen Willens gab. Man würde eine Sehergabe über ein halbes Jahrtausend voraussetzen, wenn man von den damaligen Schleswigern verlangt hätte, sie sollten sich gegen den holsteinischen Adel zusammenschließen, weil das von einem späteren nationalpolitischen Standpunkt her notwendig wäre. Den dänischen Adligen und König Christian I. ist ebenfalls kein Vorwurf zu machen, da sie nicht nur nach ihrer Meinung, sondern auch nach der Meinung ihrer Zeitgenossen einen diplomatischen Erfolg errungen hatten. Immerhin war es Dänemark bisher nur in der Zeit der großen dänischen Erobererkönige gelungen, zeitweise auch Holstein zu beherrschen. Der Erfolg für die schleswig-holsteinischen Adligen lag aber darin, daß es ihnen gelang, eine Teilung Schleswig-Holsteins zu verhindern. Jedoch mußten beide Seiten Zugeständnisse machen: die Schleswig-Holsteiner verzichteten auf das alte Ziel, Schleswig nicht nur mit Holstein zu vereinen, sondern es auch ganz von Dänemark zu lösen; der dänische König mußte sich verpflichten, Schleswig nicht von Holstein zu trennen, und beteuern, daß er nicht als Lehnherr von Schleswig zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein gewählt war, sondern „aus Liebe zu seiner Person“. Damit die schleswig-holsteinischen Adligen diese Liebe zu seiner Person empfanden, hat er ihnen eine Reihe von Versprechungen schriftlich gegeben, die den Hauptteil der Ripener Urkunde füllen (und außerdem mehrere „interne Geschäftsabschlüsse“ mit ihnen getätigt). Derartige Urkunden voller Versprechungen, die der Monarch anlässlich seiner Wahl niederlegte, waren damals allgemein üblich und werden im allgemeinen als „Handfesten“ bezeichnet. Die Ripener Urkunde hat in diesen ihren Teilen viel Ähnlichkeit mit den Handfesten, die der dänische König dem schwedischen und norwegischen Adel bei der Wahl ausstellte und die übrigens Christian L, der ja Deutscher war, bei seiner Wahl zum König vom dänischen Adel abverlangt wurde.

Der Ripener Vertrag kennzeichnet sich also als echter Kompromiß, in dem ein

Weg gefunden wurde, der den Belangen aller drei Partner in etwa gerecht wurde, der aber auch, wie alle Kompromisse, keine klaren Verhältnisse für die Zukunft schuf. Dem entspricht die Beurteilung dieser Vorgänge durch die Zeitgenossen. Sehr böse waren die Hansestädte, die den Holsteinern Verrat vorwarfen und sie beschuldigten, sie hätten Holstein an Dänemark ausgeliefert. Sie waren — neben Otto von Schauenburg — auch eindeutig die Verlierer dieses Vertrages, denn ihnen war es naturgemäß unangenehm, daß der Dänenkönig nun nicht nur am Sund, sondern auch an der Elbe zu sagen hatte. Die Freude der Schleswiger und Holsteiner war zwar sehr gedämpft, ihnen war aber die Hauptsache, daß die unlösbar erscheinenden Fragen der Nachfolge Herzog Adolfs VIII. in Schleswig und Holstein nicht zum Kriege, sondern doch noch zu einer friedlichen Lösung geführt hatten.

So steht also eines fest: Der Vertrag von Ripen war kein konsequenter Endpunkt schauenburgischer Politik; er gab allerdings auch die bisher errungenen Erfolge nicht preis. Wenn das Ziel der Schauenburger, Schleswig dynastisch von Dänemark zu trennen, damals gesichert worden wäre, hätten die Geschicke Schleswigs vielleicht anders ausgesehen. Ein Vergleich mit dem Schicksal der alten dänischen Kernlandschaft Schonen in Südschweden zeigt das recht deutlich. Diese Landschaft mußte Dänemark 1660, also vor dreihundert Jahren, im Frieden von Kopenhagen endgültig an Schweden abtreten, und bereits zwei Generationen später war infolge einer zielbewußten „Verschwedungspolitik“ dieses dänische Land für Dänemark auch innerlich verloren. Man hat in Dänemark viel darüber nachgedacht, warum die Entwicklung in Schonen 1658—1721 so sehr viel anders verlaufen ist als in Nordschleswig 1864 bis 1920, und man hat eine ganze Reihe von Gründen angeführt, die jedoch teils nicht recht zwingend, zum Teil regelrecht falsch sind. Einer der Hauptgründe dürfte doch der sein, daß erst seit dem 19. Jahrhundert die breite Bevölkerung sich ihres Wesens bewußt und politisch aktiv wurde; gerade in Nordschleswig ist dieser Vorgang in den Jahren nach 1830 sehr gut zu erkennen. Volkstumsarbeit und Volkstumskämpfe waren vorher nicht üblich, weder in Schonen noch in Schleswig. Der Vertrag von Ripen hat das Seine dazu getan, eine Uniformierung in Schleswig nach der einen oder anderen Seite, ganz im Gegensatz zu dem Vorgang in Schonen, zu verhindern; das ist vielleicht traurig, je nach der Einstellung eines nationalbewußten Betrachters verschieden. Tröstlich für die Schleswig-Holsteiner ist jedoch, daß sie das in Ripen Erreichte nicht nur zu halten, sondern auch zu festigen wußten, so daß der Schleswig-Holsteiner heute tatsächlich insofern in einer ungebrochenen Tradition seit Ripen lebt, als die damals geschaffene und gesicherte Vereinigung beider Länder auch heute noch im Bundesland Schleswig-Holstein fortlebt.

Dazwischen aber liegt die Zeit der nationalen Auseinandersetzung um Schleswig, vor allem auch die Teilung Schleswigs von 1920, die, auf lange Sicht gesehen,

auch nur den Erfolg hatte, die nationalen Minderheiten einigermaßen gleichgewichtig auf beide Staaten zu verteilen. Dazwischen liegt aber auch die ganze umwerfende und umwertende Entwicklung des 20. Jahrhunderts, bis in unsere Tage hinein, die dazu geführt hat, daß die Grenze nicht nur eine Trennlinie zwischen dänischen und deutschen Schleswigern wurde, sondern den besonderen Charakter der beiden Heimatlandschaften zugunsten einer Angleichung an die Nation verschwinden ließ und zu einer sich von Jahr zu Jahr deutlicher werdenden nationalen Grenze machte — trotz der Minderheiten. Und in demselben Maße, in dem der nationale Streit abebbt und unsere Heimat ihre alte Prägung verliert, wächst das Empfinden dafür, daß das 1460 beginnende Durcheinander von Dänen und Deutschen in Schleswig auch zu einer Bereicherung unserer Heimat geführt hat und gerade heute ihr eine Farbigkeit und vielleicht auch eine positive Zielsetzung verleiht, die das ganze alte Schleswig-Holstein vor seiner Umgebung auszeichnet.

Romane eines Jahres

Heutzutage lebt der Mensch, der weder damit beschäftigt ist, sie hervorzubringen, zu testen oder zu vertreiben, gemeinhin in leichter Fehde mit der Literatur seiner Zeit. Er betrachtet sie mit den besorgten Blicken eines Gläubigers, der befürchtet, von einem ererbten Kapital wegen leichtfertiger Verwaltung nicht die gehörigen Zinsen zu bekommen. Dabei bedenkt er nicht, daß Kunst, früher und empfindlicher den Verlust alter Ordnungen witternd, sich nicht mit der Verfertigung kardanisch aufgehängter Lebenskompasser beruhigen darf, während es doch ihr eigentlicher Auftrag ist, neue Inhalte und Formen zu suchen und sie dem verstehenden Nacherleben der vielen vorzubereiten.

Wenn sogar die Materie sich weigert, mit der beruhigenden Stabilität von Jahrtausenden in unserm von neuer Einsicht verstörtem Bewußtsein weiterhin zu existieren, kann es uns dann wundern, daß die Dichter aufbrechen, um Neuland einzudeichen, weil das alte nicht mehr trägt? Dabei liegt es in der Natur der Aufgabe, daß sie vorerst und immer wieder im Schlamm arbeiten, weil man nur das Gestaltlose bündig formen kann. Kommt dann der kritische Anwohner des brüchigen Altlandes ihr Werk besehen, dann sieht er in der kahlen Nüchternheit der Ebbe nichts als Schlamm, wirre Anschwemmsel und ein wenig Wasser, die nebelzarte Kontur des Neuen, das jene mit allen Sinnen zu ertasten und einzukreisen suchen, verbirgt sich vor ihm.

Man duldet begeistert oder widerwillig die eiligen Veränderungen, wie sie die Technik von Stunde zu Stunde an der „realen“ Welt vollzieht, man läßt es geschehen, daß sie mit ihrer unersättlichen Begierde nach Geschwindigkeit der genauen und gründlichen Wahr-Nehmung der Sinne kündigt. Die Wortkunst aber braucht Wahrnehmung, um zu existieren, um dem Nachvollzug aufmerksamer Köpfe überhaupt greifbar zu sein, um in ihnen Neues zu bewirken.

Alfred Andersch läßt seine „Rote“ von den Männern sagen: „Was sie nicht zu durchdenken brauchen, weil es nicht mit Geld zu tun hat, lassen sie im Zustand kitschiger Illusion, eine Frau ist ihnen 'was zum Ausruhen ...“ Ersetzt man dabei die Frau durch die Literatur, dann hat man den Schlüssel zu unserer Situation. Der Mensch sucht zumeist ein bequemes Ruhekissen, wenn er nach dem Buch greift: „Ent-Spannung“, „Zer-Streuung“, als ob er nicht nur in der Spannung und Sammlung — wenn auch einer ganz anders gearteten — fähig wäre, in sich die geistigen und seelischen Gegengewichte gegen die Hybris seiner krebswüchsigen Technik zu entwickeln! Die Tatsachen erzählen dagegen, daß das papierne Mittel

des Spannungswechsels der Kriminalroman ist: in diesen Wochen wurde unter andern in Deutschland der millionste Simenon verkauft.

Es ist also nicht so sehr die Literatur, deren Neuartigkeit Verwunderung auslösen darf, als vielmehr der Leser, der bei Tage die wirbelnde Verwandlung seiner Welt billigt und vom Elementarteilchen bis zum künstlichen Mond sie notdürftig zu verstehen sucht, aber abends ins Kinderzimmer des Altgewohnten und -vertrauten schlüpfen will und im Buch weit weniger den „neuen Sinn“ sucht, als vielmehr die Fiktion des alten: Klärung, Tröstung und Ermunterung im Rahmen einer Pseudo-Stabilität.

1959

Die Ernte des Vorjahrs war nicht nur an den Reben, sondern auch auf dem Büchermarkt ein schwerer und besonderer Wein, wohl geeignet, mancherlei Fiktionen mit festlicher Berauschung Vorschub zu leisten, es gab in heftigen Diskussionen heiße Köpfe und viele glückliche Stunden über Büchern.

Daß der *Leopard* des sizilischen Fürsten Lampedusa mit Nabokovs „kleinem Luder“ *Lolita* ein Wettrennen um die Welteroberung lieferte, war ein auf so hoher Ebene seltenes, sozusagen sportliches Ereignis, dem die ganze Welt mit Spannung zuschaute.

Für den europäischen, besonders den deutschen Leser waren die Möglichkeiten, das Schicksal des Kontinents während des letzten Halbjahrhunderts im Roman gespiegelt und gedeutet zu sehen, verwirrend zahlreich: da wölbte sich *der graue Regenbogen* Stefan Andres' düster über drohendem Chaos, Ina Seidels *Michaela* sah die abendländische Humanität in christlicher Symbiose von Natur und Geist aufgehoben, Bölls *Billard um halbzehn* umkreiste die Polarität von Lamm und Büffel und Theodor Heuß wanderte schauend *von Ort zu Ort* durch die alten Städte Europas. Während Isabella Nadolny in dem Wissen, *ein Baum wächst übers Dach*, Ruhe fand und gab, zerklirrten Ruth Rehmanns *Illusionen*, schepperte die *Blechtrommel* von Günter Graß, ging über die *Geisterbahn* Schapers der tödliche Wurf einer Bierflasche.

Man mußte nach dem Süden fliehen, um etwas ruhiger zu genießen, denn dort fuhr Italien mit dem Angebot seiner großartigen Spätzünder fort: nach den Nievo und Fogazzaro früherer Jahre entdeckte man für das Jahr 1959 Svevos ergötzlichen Hypochonder *Zeno Cosini*, der erst 1960 richtig ins Gespräch kam, und die *Vizekönige Robertos*, sozusagen die andere Stimme im Duett Siziliens, dessen Geschichte Lampedusa für die gleiche Phase gestaltete.

In Spanien galt es, bei Reguera *die Einfalt der Liebe* im Kampf mit verderbter Begierde zu erleben, in Frankreich dank der Psychologie der Barbier zu verstehen, daß *mein Vater der Held* und Angeber für seinen Sohn eine folgenschwere Enttäuschung war. *Das Königreich der Broomes* in England konnte durch Dane

seinen Zauber üben, und endlich fand das ganze europäische Konzert seinen festlichen *Widerhall* in Karin Blixens hintergründigen Gestalten.

Da es ein modernes Orchester war, hatte es so etwas wie Raumklangssäulen in die Welt gestellt, die Autoren entstammen Europa: von Troja her gab Paris in eleganter Diktion ein satirisch gewürztes Colleg über Weltweisheit, wobei ihn Hagelstange gestehen ließ, daß nur sein Irrtum mit dem Apfel den Menschen zum *Spielball der Götter* habe werden lassen. In Afrika wurden *Patrizia und der Löwe* bei ihrem Spiel, das einen Zipfel Paradies beschwor, von dem staunenden Gefährten Kessel belauscht, und Amerika erhielt *das große Halleluja*, den liebevoll facettierten Spiegel seiner Vielfalt als Dank seines langjährigen Gastes Urzidill.

1960

Diese kleine Erinnerung an die berühmten und berüchtigten Romane des Jahres 1959 könnte bei der Fülle des Vorhandenen mühelos ein Vielfaches an Titeln erreichen, aber inzwischen ist fast ein anderes Jahr über die literarische Bühne gegangen, von seiner Fracht möchte ich Ihnen sechs besondere und wesentliche Bücher vorstellen. Gleich im Januar gesellte sich zu den zahlreichen afrikanischen Stimmen eine indianische: Frank Waters' *Martiniano und der Hirsch*. Ein Rebell im Stamme der Navajo, der eine amerikanische Schule besucht und die Riten seines Volkes mißachtet hat, geht mit dem Wissen und der Wachsamkeit des weißen Mannes den mühsamen Weg zurück ins Pueblo seines Stammes. Von der Fremdartigkeit einer völlig anderen Welt und der Genauigkeit ihrer Beobachtung geht eine starke Faszination aus.

Auch *die Rote* in Alfred Anderschs Buch verläßt ihr bequemes und unaufrichtiges Dasein, um hinter den vertrauten Polen des „schicken Lebens und der sauberen Misere“ ein Neues zu suchen, das lohnt. Sehr schön, rothaarig und in jeder Hinsicht magnetisch, steht sie dank der Kursiv-Mitteilung ihrer Gedanken als eine Art gläserner Mensch auf der Hexenscheibe dieses Buches, umkreist von Gefahr, Verfolgung, Mord und jeder Spielart des Eros, des Zynismus. Der „neue Weg“ der Roten ist weniger überzeugend als die intellektuelle und konstruktive Bewältigung dieses mit allen Ingredienzien unserer Gegenwart getränkten Stoffs.

Durrell soll in Indien geboren sein, aber es sieht aus, als sei ihm das in Alexandria noch einmal widerfahren, so weiß er die zahllosen Lebens schichten dieser Stadt aufzublättern, zu schmecken, zu riechen, ineinanderzuwirken, dieser Ire, der heute in Südfrankreich lebt und es unternahm, die Relativitätserfahrungen Einsteins ins Literarische zu übertragen, indem er mit denselben Menschen auf drei Raumebenen die gleichen Dinge sich ereignen läßt, während er im vierten Buch eine neue Zeitebene anfügt. Diese Mathematik des Worts gestand er seinen Lesern allerdings erst ein, nachdem er sie dem Bann der Stadt und einer Handvoll Menschen verfallen sah, die Böses, Verderbtes, Ekelhaftes mit der Unschuld

bewußtlosen Spiels taten ... um uns auf der nächsten Ebene wissen zu lassen, daß wir einem schillernden Anschein zum Opfer gefallen waren und die Anmut des Spiels bis in die Fingerspitzen gewußt, aber zu ganz anderen Zwecken geübt war, als wir dachten!

Der erste Band ist bis zur Grenze des Erträglichen mit den zahllosen morbiden, von Hetärenentum, Inzest und Perversion getränkten Formen des alexandrinischen Eros angefüllt, aber auch die schockierende Hautnähe des Animalischen wird unmerklich in Distanz gehalten von der sensiblen Kultiviertheit eines Denkens, das diese Dinge weiß, aber sich nicht von ihnen zähmen läßt.

Die folgenden Bände enthüllen aus der Sicht des alten Kabbalisten *Balthasar* und des Diplomaten *Mountolive* den Maskensinn jener Begierden, bringen die Entdeckung einer politischen Verschwörung und tiefe Ernüchterung, zeigen aber auch die Landschaft, die bäuerlichen Menschen in einer klarlinigen, einfachen Größe, die tiefer bezaubert, weil sie mit dem bunten Tumult Alexandrias kontrastiert.

Afrika begegnet Asien und Europa auf diesem heißen Boden, aus der Kelter dieser unheimlichen Stadt troff jahrtausendlange Geschichte vieler Völker und dunkler Kulte in ihn hinein: er ist eine faszinierende Retorte für dies „schönste, wunderlichste Stück Dichtung, das gegenwärtig zu feiern ist“ (W. Helwig).

Von ganz anderer Art ist die Erregung, die das neue Buch Gustav Schenks erfüllt. Es behandelt den botanischen Kronzeugen der Paläobiologie in allen Schichten der Erde: *die Bärlappdynastie*. Vom Urmeer der noch unbelebten Erde bis zum heutigen Tage hat sie eine unglaubliche biologische Phantasie und Findigkeit entfaltet, um diesen Planeten mit zahllosen Arten zu überziehen und sich dabei immer neu zu wandeln. Mit einer der ihren verwandten Zähigkeit verfolgt Schenk die Spuren ihres schwer zu entziffernden Weges und gibt nicht nur den dramatischen Bericht einer Jahrtausenden umfassenden Entwicklung, sondern fängt auch die vibrierende Dynamik jener Kraft ein, die im mikroskopisch kleinen Sporenkorn wie im Baumgiganten der Vorzeit das Geheimnis unseres Lebens wirkt.

Die großen Bücher sind Solitäre.

Sie wachsen außerhalb der Literaturen ins Unvergleichliche.

Um sie recht zu genießen, müssen wir die Literatur durchwandert,
müssen wir uns von ihr befreit haben.

Aus Ernst Jünger „Sgraffiti“ 1960

Der dänische Diamant...

Literatur ist ein Gebild aus Zeit, Raum und Mensch, trägt ihre Signatur und ist ihren Zwecken verhaftet — Dichtung hebt in beiderlei Sinn Zeit auf, und den Raum überrollt sie, von ferner Flamme knisternd, wie ein Kugelblitz.

Wenig ist ihrem Wesen so verwandt wie das Schicksal, sie kommen beide aus dem Geheimnis, und wo sie wirken, ist Einsamkeit um jeden, der sie hört. Wenn sich diesem Fluidum das Anekdotische gesellt — kleines Blitzlicht am Rande des Großen —, dann rückt das Ungemeine in den Bereich des Menschlichen ... das Verhängte wird deutbar, man kann es wägen, schmecken ... und genießen.

In dieser Situation stehen die *Schicksalsanekdoten* der Tania Blixen. Vielleicht sind sie weniger Solitäre als Meteoriten, denn die geometrische Künstlichkeit bedachten Zuschliffs fehlt ihnen völlig, aber die unvergleichliche Sicherheit des gedanklichen Zugriffs, die Einfachheit vollkommenen Erzählens gibt ihnen eine meteorische Leuchtbahn, die sich tief einprägt.

Da ist ein Theologiestudent in Persien, der Rat und Wesen der Engel erfahren will und in der Weisheit der Fische sein Glück findet. Eine entlegene norwegische Kleinstadt nimmt einen Flüchtling der Französischen Revolution auf, eine Frau, deren erlesene Kochkunst die Erwartungen der verwöhntesten Gaumen Frankreichs überflügelte, sie celebriert tauben Zungen ein grandioses Mahl, um noch einmal „das Äußerste zu geben“, nachdem sie selbst der Guillotine jene Kenner opfern half, die ihre Kunst zu schmecken wußten.

Eine junge Schauspielerin, die einen schweren Sturm, verfangen in ihre Arie-Rolle, lachend überstand, will ihre große Liebe nicht auf dem Lügensockel erspielten Heldentums dulden und verzichtet, indem sie den Elementen verspricht, was ihnen gebührt: die Furcht des Menschen.

Und endlich die Geschichte des reichen Mannes in Kanton, der nicht wie jene Maß und Grenze des Menschlichen kennt und bei dem Versuch, mit Macht und Geld das Schicksal zur Marionette seines Spiels zu machen, mit seinem Leben zahlt.

Die letzte „Anekdote“ — in Dänemark beheimatet — vollzieht sich fast völlig im Lautlosen: Eine junge Frau, durchströmt vom Glück der eben geschlossenen Ehe, gerät bei der Begegnung mit einem Mörder nicht nur in äußere, sondern größere innere Gefahr, die sie von Grund auf verwandelt.

In allen diesen Geschichten ist der Vollzug des Schicksals keineswegs mit kunstvollem Aufwand eingekreist, es ist einfach gegenwärtig. Aber das Atemraubende, das der Berührung mit ihm innewohnt, ist nicht allein da, eine lange gewachsene Weisheit, die sich mit Anmut gibt, und ein Humor, der mit beiden nahe verwandt ist, runden das Bild des vertieft Anekdotischen ab. Dabei ist die kühle Noblesse der Aussage völlig aufgegangen in dem ruhigen Fluß reinen Fabulierens, der das Zufällige der besonderen Situation mühelos ins Bedeutende hebt.

Es ist in der Literatur unserer Gegenwart einmalig, daß eine so ausgereifte Urbanität des Intellekts sich fugenlos dem im klassischen Sinne naiven Urvermögen des Erzählens verbindet.

Vielleicht ist diese Kunst der Nobelwaage entwachsen, vielleicht darf sich kein

Preis anmaßen, sie zu belohnen?

... und das deutsche Prisma

Die zehn Erzählungen von Siegfried Lenz — *das Feuerschiff* — sind keine Solitäre, sie sind weder außerhalb der Zeit noch des Raums gewachsen, ihre Bedeutung liegt im Gegenteil in der vollendeten Witterung des Eigentümlichen von Zeit und Raum, in der geschickten Filterung dieser Symptome, in der genauen Kenntnis der „Sandbänke“ und in der Klugheit der Signale: diese Geschichten sind selber Feuerschiffe, die eine verlässliche „Kennung“ geben.

Die Titelerzählung, die nach Gewicht und Länge die regierende des Bandes ist, spielt zwischen Flensburg und Kiel und zeigt in vieler Hinsicht das Gesicht unseres Landes. Das alte Feuerschiff bei den wandernden Bänken hat seine letzte Wache, als es schlimme Gäste bekommt: zwei entlaufene Zuchthäusler und einen Juristen, der als Impresario eines erfolgreichen Erpresserunternehmens — er nennt es seinen privaten Gerichtshof — feststellen möchte, wie viele Verbrechen man ohne offene Kollision mit dem Gesetz begehen kann. Dies schwerbewaffnete Trio will Kapitän und Mannschaft zwingen, ihm das Feuerschiff zur Flucht zu überlassen.

Der wortkarge Kapitän ist der wendigen Eleganz des Gauner-Impresarios vollkommen gewachsen, die Duelle ihrer Gespräche — die im Nu zu entscheidenden allergischen Punkten und einem beachtlichen Tiefgang kommen — sind Kostbarkeiten schlechthin, aber menschlich stärker rührt das an, was der alte Kapitän über die Fragwürdigkeit des Heldentums und den Zwang zu gemeinsamem Handeln sagt. Während sich die Zustände auf dem Schiff gefährlich zuspitzen, tut er mit überlegener Redlichkeit das Notwendige, ohne auch nur einen Augenblick der törichten Aktionslust seiner Leute zu verfallen. Als ihre Blindheit die Ordnung in höchste Not bringt, geht er selbst, der Unheld, ohne Zögern dem Revolver des Spitzbuben entgegen und bändigt die Unordnung mit seinem Leben.

Das gedankliche Gerüst, seine psychologische Durchflechtung, die magnetischen Felder der Ereignisse, die ganze, in der Kunst des Weglassens erfahrene Komposition zeigen den Meister.

Die übrigen Erzählungen sind zum Teil untereinander motivisch verwandt, so „Der Sohn des Diktators“ und „Ein Freund der Regierung“, die mit sarkastischer Harmlosigkeit die Lebensgewohnheiten der Diktaturen einfangen. Zwei andere Geschichten haben das Ausbrechen eines Mannes aus der Gefangenschaft einer verständnislosen Ehe zum Vorwurf, zwei weitere ertasten bei fast völligem Verzicht auf Handlung die Stimmung bei einer seltsamen Weihnachtsbegegnung und dem Silvesterbleigießen einer Familie, die Beschwörung ist von solch suggestiver Dichte, daß jede Gestalt seel- und leibhaft dazustehen scheint.

Glänzend in der Diktion, von einem makabren, nervösen Humor erhellt, ist die satirische Skizze eines neuen Berufs: „Der Amüsierdoktor“. Spezialist für die Aufheiterung der wesentlichen Kunden eines großen Konzerns, macht er mit einem archaischen Alëuten Erfahrungen, die von Scham und Rührung bis zur grotesken und endlich grausigen Komik keine Empfindung auslassen. Diese knappe, gefährlich glitzernde Geschichte erreicht eine fast unheimliche Kongruenz mit dem großstädtischen Neonlichtzauber, in dessen Leuchtfeld sie sich zutrug.

Alle diese Erzählungen kreisen bei großer Variationsbreite um eine gemeinsame Mitte: die Bestimmung des Menschen in unserer Zeit, bei passivem und aktivem Sinn des Bestimmens. Sie erreichen ihr Ziel mit einer mimosen Witterung für geistige und seelische Gehalte und Stimmungen, sie werden getragen von einer Sprache, deren empfindliche Modulationsfähigkeit fest im Zügel liegt: nirgends verführt ihr Reichtum sie zu Qualm und Pathos.

Aber es ist nicht die sicher gemeisterte Form allein, die den starken Eindruck dieser Erzählungen hervorruft, es ist die tiefe Liebe zu Freiheit, Ordnung und Einfachheit, die uns überzeugend entgegentritt.

WEIHNACHTSLIED *Vom Himmel in die tiefsten Klüfte
Ein milder Stern herniederlacht;
Vom Tannenwalde steigen Düfte
Und hauchen durch die Winterlüfte,
Und kerzenhelle wird die Nacht.*

*Mir ist das Herz so froh erschrocken,
Das ist die liebe Weihnachtszeit!
Ich höre fernher Kirchenglocken
Mich lieblich, heimatlich verlocken
In märchenstille Herrlichkeit.*

*Ein frommer Zauber hält mich nieder,
Anbetend, staunend muß ich stehn;
Es sinkt auf meine Augenlider
Ein goldner Kindertraum hernieder,
Ich fühl's, ein Wunder ist geschehn.*

THEODOR STORM

Und wieder das Problem Südtirol

Während wir hier im Norden gegenwärtig in einer Phase zunehmender Entspannung und des Abklingens nationaler Gegensätze leben – siehe das Dänisch-Deutsche Treffen in Apenrade – ist in Südtirol leider gerade das Umgekehrte der Fall. Dort hat sich soviel Konfliktstoff angesammelt, daß sogar die diesjährige Vollversammlung der Vereinten Nationen sich vermittelnd einschaltete.

Aus einer Resolution der Südtiroler Volkspartei

Die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei nimmt vor allem mit großer Befriedigung zur Kenntnis, daß das Schicksal des Südtiroler Volkes, das mit jenem von Südtirol selbst untrennbar verbunden ist, und seine gerechten Forderungen in der letzten Vollversammlung der Vereinten Nationen ausführlich zur Sprache gebracht wurden.

Sie hat weiter mit großer Befriedigung feststellen können, daß dieser Schritt die berechtigten Forderungen der Südtiroler in das Blickfeld der Weltpolitik und der Weltöffentlichkeit gerückt, dort verständnisvolle Aufnahme gefunden und neue Sympathien für das Südtiroler Volk geweckt hat.

Sie bringt Österreich, welches auf Grund des bestehenden Vertrages vom 5. September 1946 das Recht und die Pflicht hat, als Vertreter der Interessen des Südtiroler Volkes zu sprechen, und seinem Außenminister den wärmsten Dank des Südtiroler Volkes zum Ausdruck.

Sie ersucht Österreich und seine berufenen Vertreter, falls die direkten Verhandlungen mit Italien, deren Hinausziehen unerträglich zu werden beginnt, nicht in kurzer Frist zu einem befriedigenden Ergebnis führen, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren und die Frage Südtirol in aller Form vor den Vereinten Nationen anhängig zu machen.

Landesversammlung 1959

Der soziale Hintergrund

Der Pariser Vertrag sieht auch den Schutz der „wirtschaftlichen Entwicklung“ der deutschen Volksgruppe in Südtirol vor. Das kann nur heißen: einen verhältnismäßigen Anteil der deutschen Südtiroler Bevölkerung an der wirtschaftlichen Entwicklung, also auch an der industriellen Entwicklung und an den Aufstiegsmöglichkeiten im eigenen Lande.

Diese Möglichkeiten liegen in Südtirol, das ein Gebirgsland ist und dessen landwirtschaftliche Bevölkerung zum größten Teil aus hart um die Existenz kämpfenden Bergbauern besteht, in den Städten. Es gehört also wesentlich zur

Erfüllung des „Schutzes der wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Volksgruppe“, daß der überschüssigen Landbevölkerung der Zugang zu den Städten geöffnet wird.

Dies kann nur durch die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten, durch Schulung zu Facharbeitern und durch Bereitstellung von Heimen geschehen.

Der italienische Staat hat bisher nichts getan für die Heranbildung einer Südtiroler Arbeiterschaft, nichts für eine natürliche Ergänzung der Stadtbevölkerung aus dem umgebenden Lande. Im Gegenteil hat eine sogenannte „Wohlfahrtspolitik“ und die Wohnungsbaupolitik, indem sie die Südtiroler Landarbeiter ausschließt, die Zuwanderung italienischer Arbeiter seit Jahren gefördert.

Wir fordern daher:

1. Eine gerechte Verteilung der Arbeitsplätze durch die Arbeitsämter und in erster Linie die Heranziehung einheimischer Arbeiter, wie es das Gesetz vorsieht.
2. Die Schaffung von Stellen, welche geeignet sind, die Arbeiter aufzuklären und ihnen bei allen Schritten behilflich zu sein.
3. Eine planmäßige Einschulung auch älterer Arbeiter in die Facharbeit, vor allem des Baugewerbes.
4. Die Schaffung zumindest von Behelfsunterkünften für Südtiroler Arbeiter und Arbeitssuchende in den Städten und größeren Ortschaften.
5. Fordern wir, daß die Südtiroler Unternehmer selbst alles tun, um Existenzmöglichkeiten für Südtiroler Arbeiter zu schaffen; darunter verstehen wir nicht nur die Einstellung von einheimischen Arbeitern und Arbeiterinnen, sondern auch die Schaffung von Wohnmöglichkeiten und eine entsprechende Entlohnung in größeren Betrieben.

Resolution der Landesversammlung 1959

Österreich wendet sich an die Vereinten Nationen

Durch den Staatsvertrag von St. Germain wurde im Jahre 1919 das Gebiet der heutigen Provinz Bozen, das durch Jahrhunderte ein integraler Bestandteil Österreichs war, als Folge des ersten Weltkrieges auf Grund des bekannten Londoner Vertrages von 1915 Italien zuerkannt. Diese Abtrennung erfolgte gegen den ausdrücklichen Wunsch der österreichischen Bevölkerung Südtirols, die damals 97 % der gesamten Einwohnerzahl des Gebietes betrug, und lief damit eindeutig den Grundsätzen des 14-Punkte-Programmes des Präsidenten Wilson, das die Grundlage für den Waffenstillstand und die künftigen Friedensverhandlungen bildete, zuwider, und zwar sowohl dem Punkt 9 (Ziehung der österreichisch-italienischen Grenze nach klar erkennbaren nationalen Richtlinien) wie dem im Punkt 10 enthaltenen Selbstbestimmungsrecht der Völker. Österreich protestierte mit Nachdruck gegen diese Entscheidung der

Friedenskonferenz, ohne jedoch eine Änderung herbeiführen zu können. Daß die Entscheidung verfehlt war, haben alliierte Staatsmänner in der Folge öffentlich bekannt.

Die gegen ihren Willen Italien eingegliederte Bevölkerung Südtirols forderte im Spätherbst 1919 in Rom eine Autonomie „für das geschlossene und zusammenhängende deutsche und ladinische Stammes- und Sprachengebiet“. Höchste italienische Stellen gaben die Zusicherung, den ethnischen Charakter des Gebietes zu wahren und die Forderung nach Autonomie zu erfüllen.

Diese Versprechungen wurden jedoch nicht gehalten. Vielmehr nahm sofort die Italinisierung des Gebietes ihren Anfang, steigerte sich nach der Machtergreifung durch die Faschisten und gipfelte in einem Abkommen zwischen Mussolini und Hitler vom 23. Juni 1939, das die Umsiedlung der Südtiroler Bevölkerung in das damalige Deutsche Reich zum Gegenstand hatte. Nur der Ausbruch des Krieges und der Zusammenbruch der Diktaturen verhinderte, daß die Umsiedlung zu Ende geführt wurde. Immerhin hat diese Entwicklung dazu geführt, daß der italienische Bevölkerungsanteil von 3 % im Zeitpunkt der Abtrennung Südtirols von Österreich auf 8 % bis zum Jahre 1921 und auf 24 % bis zum Jahre 1939 angestiegen war. Im Jahre 1953 betrug er bereits 34 %.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges strebte die Südtiroler Bevölkerung erneut die Rückkehr zu Österreich an. Ihre Vertreter überreichten 1946 dem damaligen österreichischen Bundeskanzler eine Sammlung von 123 777 Unterschriften, mit denen die Angliederung Südtirols an Österreich gefordert wurde. Da die österreichische Minderheit damals rund 230 000 Köpfe zählte, stellte die Unterschriftensammlung praktisch die Willenserklärung aller stimmberechtigten Südtiroler dar. Die Konferenz der Außenminister in Paris entschied dessen ungeachtet am 20. April 1946, daß Südtirol bei Italien zu verbleiben habe.

Zum Schutze des ethnischen und kulturellen Charakters der österreichischen Minderheit in Südtirol wurde jedoch am 5. September 1946 zwischen dem damaligen österreichischen Außenminister Gruber und dem italienischen Ministerpräsidenten De Gasperi ein Abkommen unterzeichnet, das die Gewährung einer autonomen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis für die Bevölkerung Südtirols vorsieht. Dieses Abkommen ist als Annex IV in den Friedensvertrag der alliierten Mächte mit Italien aufgenommen worden und hat daher internationalen Charakter erhalten. Es sieht neben bestimmten, beispielsweise aufgezählten Maßnahmen, die in erster Linie der Wiedergutmachung des faschistischen Unrechts dienen sollten, unter anderem auch die Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache in den öffentlichen Ämtern und die Herstellung eines angemesseneren Verhältnisses in der Stellenbesetzung bei den öffentlichen Ämtern vor.

Seine wichtigste Bestimmung ist aber im Artikel 2 enthalten, der der Bevölkerung der Provinz Bozen die Ausübung einer regionalen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt zusichert.

Bedauerlicherweise wurde dieses Abkommen von Italien in einer Weise ausgelegt und angewendet, die seinen Zweck in wesentlichen Punkten widerspricht. Vor allem war es die im gegenwärtigen Autonomiestatut vom Jahre 1948 vollzogene Vereinigung der Provinz Bozen mit dem italienischen Trentino zu einer autonomen Region, die eine Majorisierung der Südtiroler durch die Italiener von 2/3 gegenüber 1/3 mit sich brachte und damit das der Bevölkerung der Provinz Bozen gegebene Autonomie-Versprechen trotz Einräumung einer gewissen Subautonomie weitgehend gegenstandslos machte. Aber auch die der Provinz in der Subautonomie eingeräumten Kompetenzen wurden durch Durchführungsbestimmungen der italienischen Regierung und durch die Spruchpraxis des italienischen Verfassungsgerichtshofes oft in einer Weise eingeeengt, daß von einer Autonomie, im Vergleich mit der vorbildlichen Autonomie für die Alandinseln und Färöer, aber auch im Vergleich mit anderen Autonomien in Italien, kaum mehr gesprochen werden kann.

Es konnte jedoch – und darüber besteht wohl kein Zweifel – nicht der Sinn des Gruber-De Gaspari-Abkommens gewesen sein, autonome Rechte für die italienische Bevölkerung des Trentino zu verlangen; dazu hätte Österreich auch über keinerlei Rechtstitel verfügt.

Die österreichische Minderheit hat daher durch diese Regelung nicht die ihr zugesagte Selbstverwaltung erhalten; diese wird vielmehr von der italienischen Mehrheit ausgeübt.

In der Folge haben sich, wie zu erwarten war, die Nachteile dieser Regelung in zunehmendem Maße eingestellt und in Südtirol immer mehr Verbitterung ausgelöst. Im Jahre 1954 überreichten die Südtiroler der italienischen Regierung eine Beschwerdeschrift, in der die Mängel des Abkommen aufgezeigt wurden. Diese blieb unbeantwortet.

Weiter hat sich Österreich jahrelang bemüht, eine Regelung des Fragenkomplexes in Verhandlungen mit der italienischen Regierung zu finden, und nichts unversucht gelassen, um eine Lösung auf bilateralem Wege herbeizuführen. Die österreichische Bundesregierung hat zunächst eine österreichisch-italienische gemischte Kommission zur Prüfung der Frage vorgeschlagen, sich jedoch, nachdem diese von italienischer Seite abgelehnt wurde, auch bereiterklärt, dem Wunsche der italienischen Regierung zu entsprechen und Verhandlungen auf diplomatischen Wege einzuleiten. Bedauerlicherweise haben diese bis zum heutigen Tag zu keinen konkreten Ergebnissen geführt, sondern vielmehr in den letzten Monaten durch die Weigerung der italienischen Regierung, über die Kernfrage, nämlich die

Autonomie für die Provinz Bozen, überhaupt zu sprechen, einen toten Punkt erreicht.

Mittlerweile hat sich die Situation an Ort und Stelle zugespitzt, da sich bei der Bevölkerung der Eindruck verstärkt, daß ihr das im Pariser Abkommen zugesicherte Recht auf Selbstverwaltung vorenthalten wird.

Im Hinblick auf die ergebnislosen Bemühungen, das Problem auf bilateraler Ebene zu lösen, und angesichts der gespannten Lage in Südtirol sieht sich die österreichische Bundesregierung als Vertragspartner des mehrfach genannten Abkommens veranlaßt und verpflichtet, die Behandlung der Frage auf der diesjährigen Generalversammlung zu beantragen. Die Generalversammlung hat bereits in der Resolution 217-C (III) vom 10. Dezember 1948 festgestellt, daß „die Vereinten Nationen nicht indifferent dem Schicksal der Minderheiten gegenüberstehen könnten“, und in der Resolution 532-B (IV) vom 4. Februar 1952 den Schutz von Minderheiten als einen der wichtigsten Bereiche der positiven Arbeit der Vereinten Nationen angeführt.

Österreich richtet daher an die Generalversammlung gemäß Art. 10 und Art. 14 der UN-Satzung das Ersuchen, den aus der Vorenthaltung der Autonomie entstandenen österreichisch-italienischen Streitfall zu behandeln und im Geiste der Charta eine demokratischen Grundsätzen entsprechende gerechte Lösung herbeizuführen, welche der österreichischen Minderheit in Italien die von ihr geforderte und zur Erhaltung ihrer Existenz als Minderheit auch benötigte Selbstverwaltung und Selbstregierung im Sinne einer echten Autonomie gewährt und sicherstellt.

Wortlaut des Memorandums des österreichischen Außenministers vom 23. Juni 1960.

*

Meldung aus New York: *Die UNO-Vollversammlung hat die vom politischen Sonderausschuß vorgeschlagene Entschließung über Südtirol einstimmig angenommen. Damit erledigte sie die erste politische Aufgabe, vor die sie sich in der gegenwärtigen Sitzungsperiode gestellt sah. – In den abschließenden Erklärungen des österreichischen Außenministers Kreisky und des italienischen Delegationschefs Martino konnte die Zustimmung zu der vorgeschlagenen Lösung – vor allem zu Verhandlungen zwischen beiden Parteien – festgestellt werden. – In der UNO wird die Erledigung dieser heiklen Minderheitenfrage als Erfolg der Geduld und Gründlichkeit angesehen, mit denen die Delegationen diese Frage behandelten.*

*

Fünf Punkte umfaßt die „kleine Wunschliste“ der Südtiroler:

1. Garantie gegen neue Zuwanderungen, die das Volkstumsverhältnis in Südtirol weiter zugunsten der Italiener verschieben könnten.

2. Verlagerung des Autonomie-Schwerpunktes von der Region Trient Tiroler Etschland mit ihrer italienischen Mehrheit auf die Provinzen Trient (rein italienisch) und Bozen (deutschsprachige Mehrheit).
3. Gleichstellung der deutschen und der italienischen Sprache in der Provinz Bozen nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis.
4. Festsetzung einer Einstellungsquote für Südtiroler für den staatlichen Dienst und für die halbstaatlichen Unternehmen. Garantie, daß ein Südtiroler Beamter oder Staatsangestellter nur mit seiner eigenen Zustimmung aus der Provinz Bozen versetzt werden kann.
5. Förderung des Aufbaues einer Kleinindustrie zur Lösung der sozialen Frage. Die Unterbeschäftigung in einer Reihe von Hochtälern hat schon zur Auswanderung von einigen tausend Südtirolern in die Schweiz und nach Deutschland geführt.

Aus einem Aufsatz des römischen Korrespondenten der Tageszeitung „Die Welt“ vom 15. Nov. 1960.

Tirol und Schleswig

Wir haben ein Südtirol und ein Nordtirol – und eine Staatsgrenze ist dazwischen.
Wir haben ein Nordschleswig und ein Südschleswig – und eine Staatsgrenze ist dazwischen.

Von Nordtirol erschallen drohende Kampf- und Angriffsparolen gegen die italienische Staatsmacht in Südtirol.

In Nordschleswig dagegen traf man zur gleichen Zeit die letzten Vorbereitungen für das große Dänisch-Deutsche Treffen in Apenrade – mit einer starken Beteiligung beider Volksteile aus beiden Teilen des schleswigschen Grenzlandes – mit offiziellen Vertretern beider Staaten.

Das ist der Unterschied!

Wir müssen uns davor hüten, das wir uns deswegen nicht zu sehr loben. Aber wir haben gewiß ein Recht dazu, zu sagen, als wir die leidenschaftlichen und kämpferischen Töne aus dem Grenzland Tirol hörten, daß wir dankbar sind für die Entwicklung in unserem Grenzland, die die Möglichkeit eröffnet für das freie geistige Zusammenspiel des Volklichen und Zwischenvolklichen.

Da wir Schleswiger selbst uns einen sehr wesentlichen Teil volklicher Freiheiten erkämpft haben, hegen wir um so mehr den Wunsch, daß alle volklichen Freiheiten mehr und mehr auch allen Grenzlanden und Grenzlandsbevölkerungen zuteil werden.

Auch – und nicht zum mindesten! – Südtirol!

„Flensburg Avis“ am 17. Oktober 1960

STIMMEN VOM DEUTSCHEN TAG IN HADERSLEBEN 1960

Es ist eine Illusion, zu glauben, daß der nationale Gedanke überwunden ist. Hart geprüft und zum Teil schwer angeschlagen müssen wir an der Existenz dessen festhalten, was uns aus der Geschichte überliefert worden ist. Auch in der Mitte des 20. Jahrhunderts ist das Volk die Grundlage des Lebens.

Aber wenn wir uns so zum Volk bekennen und darin einen Wert erkennen, dann tun wir es nicht mehr so unbekümmert wie früher. Wir erkennen seinen hohen Wert, aber nicht mehr als absolute, als Höchstwerte. Und wir ziehen daraus die Konsequenz, daß national denken und national handeln nur bei vollem Respekt anderer Nationalitäten möglich ist. Daher gehört es zu den dringenden Aufgaben unserer Zeit, übernationale Ordnungen anzuerkennen.

OSWALD HAUSER

*

Wo trotz der schon oft bewiesenen Opferbereitschaft die eigenen Kräfte nicht ausreichen, da wird die Bundesregierung nicht zögern, den deutschen Nordschleswigern in Ihrem Streben nach der Bewahrung der deutschen Kultur und Erhaltung Ihres Volkstums zur Seite zu stehen. Die Entwicklung beweist, daß die deutsche Volksgruppe auf dem richtigen Wege ist, ihre Mittlerfunktion zwischen dem deutschen und dem dänischen Volk zu erfüllen.

FRANZ THEDIECK

*

Wir sind der Auffassung, daß die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig ihre Wiederaufbauarbeit nach 1945 planmäßig und zielbewußt fortsetzen muß und daß die Volksgruppe dadurch in die Lage versetzt wird, sich den Erfordernissen der Gegenwart zu stellen.

Eine Volksgruppe unserer Größenordnung ist naturgemäß nicht in der Lage, aus sich selber heraus zu leben. Der Wille zum deutschen Leben muß zwar aus der Volksgruppe heraus wachsen und sie muß auch aus eigener Verantwortung heraus handeln, notwendig ist aber der Zusammenhang mit dem geistigen Leben in Deutschland und auch materielle Hilfe zur Durchführung der umfassenden kulturellen Aufgaben. Das ist der eine Zusammenhang.

Die andere Verbindung ergibt sich aus der Zugehörigkeit zum dänischen Staat. Hier ist sowohl der Wunsch als auch die Notwendigkeit vorhanden, sich an den Aufgaben des öffentlichen Lebens in Dänemark zu beteiligen und auf diese Weise dann letzten Endes die deutsche Volkszugehörigkeit und die dänische Staatsangehörigkeit in sinnvoller Weise miteinander zu verbinden.

Grenzräume werden oft als entlegene Gebiete bezeichnet. Wir sind aber der Auffassung, daß gerade von den Grenzen her Kräfte ausgelöst werden können, die sowohl für die volkliche Selbstbehauptung als auch für die zwischenvolkliche und zwischenstaatliche Zusammenarbeit von großem Wert sind.

Das deutsche Schulwesen in Nordschleswig im Umbau

Die Zielsetzung im Rahmen des neuen dänischen Schulgesetzes

Auch im Berichtsjahre 1959/60 wurde unsere Arbeit stark geprägt durch die Umstellung des deutschen Schulwesens, die durch die Einführung des neuen dänischen Schulgesetzes notwendig geworden ist. Bei der Planung waren vor allem zwei Gesichtspunkte richtunggebend:

1. Unser Schulwesen muß so aufgebaut sein, daß in unseren Schulen alle Forderungen des neuen Schulgesetzes in unterrichtlicher Hinsicht voll und ganz erfüllt werden können. Das aber erfordert für den Unterricht der Volksschuloberstufe – vor allem für das siebente und achte Schuljahr – den Unterricht an mehrklassigen, zumindest dreiklassigen Schulen.
2. Unsere deutschen Schulen haben über ihre rein schulischen Aufgaben hinaus auch die Aufgabe, Mittelpunkt und zum Teil auch Träger des kulturellen deutschen Lebens ihres Bezirkes zu sein. Es müssen also möglichst viele Schulen erhalten bleiben.

Wir standen also vor der Aufgabe, für unser Schulwesen eine Form zu finden, die beiden Aufgaben gerecht werden kann. Aus dieser Überlegung heraus entstand der Plan, möglichst viele unserer kleinen einklassigen Schulen als Grundschulen mit sechs Jahrgängen bestehen zu lassen, die Oberstufen vom siebenten Schuljahr ab aber an den Stadtschulen und mindestens dreiklassigen Hauptschulen auf dem Lande zu zentralisieren. Danach würde das deutsche Schulwesen in Nordschleswig in Zukunft folgenden Aufbau haben: 16 Grundschulen mit sechs Jahrgängen, 12 Hauptschulen (davon 4 mit Realabteilungen), 1 Gymnasium (mit Realabteilung).

Eine Schwierigkeit bestand allerdings bei der Verwirklichung dieses Planes: Nach dem Freischulgesetz ist es u. a. eine Voraussetzung für die Anerkennung einer Privatschule und damit auch für die Erteilung des Staatszuschusses, daß die Schule Unterricht für alle Schüler im unterrichtspflichtigen Alter – d. h. also vom ersten bis einschließlich siebenten Schuljahr – erteilt. Der Deutsche Schul- und Sprachverein stellte darum einen Antrag an das Unterrichtsministerium, die deutschen Schulen in Nordschleswig von dieser Bestimmung zu dispensieren, damit eine Möglichkeit zur Zentralisierung der Oberstufe gegeben sei und damit den unterrichtlichen Forderungen des neuen Schulgesetzes besser entsprochen werden könnte. Diesem Antrag wurde bei der Revision des Freischulgesetzes

stattgegeben.

Die Umstellung auf den neuen Plan konnte bei den mehrklassigen Schulen in Apenrade, Hadersleben, Sonderburg, Tondern, Tingleff und Hoyer ohne größere Schwierigkeiten – jedenfalls äußerer Art – vollzogen werden.

Die größte Umstellung erfolgte im Schulbezirk Gravenstein—Quars—Rinkenis, hier stand man vor der Alternative, entweder drei einklassige Schulen als Grundschulen bestehen zu lassen, die dann ihre Oberstufe an die Schulen Feldstedt, Sonderburg und Tingleff abgeben müßten, oder durch Zusammenlegung der drei Schulen eine dreiklassige Hauptschule zu schaffen und damit diesem Gebiet einen schulischen Schwerpunkt zu geben. Die Elternschaft entschied sich für die letzte Möglichkeit. Die neue Gemeinschaftsschule ist zunächst in der deutschen Schule in Gravenstein untergebracht, da hier aber keine Möglichkeit besteht, die notwendigen Sonderunterrichtsräume wie Werkraum, Schulküche und Turnhalle einzurichten, kann diese Unterbringung nur eine provisorische Lösung sein. Ein Schulneubau an einer zentralgelegenen Stelle des Schulbezirkes ist geplant.

Von den geplanten zwölf Hauptschulen arbeiten also schon neun, die restlichen drei Schulen, die noch als dreiklassige Hauptschulen ausgebaut werden sollen, sind die Schulen in Buhrkall, Lügumkloster und Sommerstedt. Wir hoffen, daß auch diese Schulen im kommenden Schuljahr ausgebaut werden können. Damit sollte die äußere Umstellung unseres Schulwesens im kommenden Jahr abgeschlossen werden können.

Probleme der Umstellung

Die Einführung der siebenjährigen Grundschule mit differenziertem Unterricht im sechsten und siebenten Schuljahr bringt naturgemäß eine Reihe von Problemen und Fragen mit sich.

In den Volksschulen wurde unterrichtet nach den Richtlinien für die Lehrpläne der Volksschulen des Landes Schleswig-Holstein“, natürlich mit einigen Abänderungen, vor allem in den Fächern Dänisch, Nordische Geschichte, Staatsbürgerkunde und Erdkunde Dänemarks.

Unsere Examensschulen arbeiteten nach dem gleichen Stoffplan wie die entsprechenden dänischen Examensschulen, selbstverständlich mit deutscher Unterrichtssprache und mit erhöhten Anforderungen in den deutschkundlichen Fächern.

Während diese Ordnung für unsere weiterführenden Schulen auf Grund der Examensforderungen weitgehend beibehalten werden muß, müssen für unsere Volksschulen neue Richtlinien erarbeitet werden, da ja für den differenzierten Unterricht im sechsten und siebenten Schuljahr von seiten der Examensschulen gewisse Forderungen gestellt werden müssen. Bevor wir aber mit dieser Arbeit

beginnen konnten, mußten wir die angekündigten Richtlinien des dänischen Unterrichtsministeriums abwarten. Diese lagen Ende April 1960 vor in der Form eines 300 Seiten starken Bandes unter dem Titel „Undervisningsvejledning for folkeskolen“.

Vom Deutschen Schul- und Sprachverein für Nordschleswig wurde gleich nach Erscheinen dieser Richtlinien in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Lehrerverein für Nordschleswig ein Lehrplanausschuß einberufen. Dieser steht nun vor der Aufgabe, auf der Grundlage der neuen dänischen Richtlinien und der Richtlinien für die Schulen des Landes Schleswig-Holstein und unter Berücksichtigung und Wahrung der Sonderaufgabe unserer Schule als deutsche Grenzlandschule Lehrpläne und Stoffpläne für unsere Schulen auszuarbeiten. Das ist eine große und schwierige Aufgabe, die viel Arbeit und damit auch viel Zeit erfordern wird. Die neuen Lehrpläne für das 7. Schuljahr konnten rechtzeitig fertiggestellt werden.

Die zahlenmäßige Entwicklung

Die Zahl der Schulen ist auf Grund der Zentralisierung im Bezirk Gravenstein—Quars-Rinkenise von 31 auf 29 gefallen, die Zahl der Klassen erhöhte sich aber von 81 auf 85. Die Zahl der Schüler stieg von 1298 am 15. August 1959 auf 1376 am 15. August 1960. Damit konnte auch im Vorjahre die ruhige, stetige Aufwärtsentwicklung der deutschen Schülerzahlen in Nordschleswig fortgesetzt werden. Die 1376 Schüler verteilen sich auf die einzelnen Schularten wie folgt:

Gymnasiumsklassen	43 Schüler = 3,1 %
Mittelschulklassen	164 Schüler = 11,9 %
Volksschulklassen	1169 Schüler = 85,0 %

Durch diese Zahlen wird der oft gehörte Einwand entkräftet, daß unser Schulwesen kopflastig sei, d. h. daß die weiterführenden Schulen im Verhältnis zur Grundschule einen zu breiten Raum einnehmen. Die Zahlen zeigen eindeutig, daß unsere Examensschulen auf einer breiten und gesunden Basis aufbauen.

Zu Beginn des neuen Schuljahres konnten 190 Schulanfänger an deutschen Schulen eingeschult werden, damit konnte die erfreulich hohe Zahl des Vorjahres gehalten werden. Eine weitere Aufwärtsentwicklung unseres Schulwesens wird aber davon abhängig sein, ob es gelingt, diese Zahl noch weiter zu steigern.

Weitere Schulbaupläne

Das Bauprogramm des Deutschen Schul- und Sprachvereins ist jedoch noch längst nicht abgeschlossen, eine Reihe größerer Bauvorhaben müssen in den nächsten Jahren erstellt werden, um unserer Schularbeit den angemessenen äußeren Rahmen zu geben:

1. Das deutsche Gymnasium in Apenrade mit Internat und Leiterwohnung. Die

Pläne sind baureif, so daß wir hoffen, bald mit den Bauarbeiten beginnen zu können.

2. Turnhallen an den Stadtschulen Hadersleben und Sonderburg.
3. Erweiterungsbauten an Schulen, die zu Hauptschulen ausgebaut werden, bzw. an Schulen, die, durch das Wachsen der Schülerzahlen bedingt, neue Klassenräume benötigen. Es handelt sich hier um Bauvorhaben in Buhrkall, Feldstedt, Lügumkloster, Osterhoist, Rapstedt, Sommerstedt.
4. Errichtung neuer Kindergärten: in Hoyer, Apenrade, Sonderburg, außerdem ein Kindergarten in Hadersleben.

Sorgen um den Lehrernachwuchs

Eine Frage, die uns noch recht viel Sorge bereitet, ist die Lehrernachwuchsfrage. Bis jetzt ist es uns allerdings fast immer gelungen, dank der Hilfe des Kultusministeriums in Kiel und auch des Entgegenkommens der Pädagogischen Hochschule Flensburg und der Schulräte in Schleswig-Holstein, alle Stellen zu besetzen. Es ist dabei erfreulich, festzustellen, daß das Interesse der Studenten an den Pädagogischen Hochschulen Schleswig-Holsteins für unsere Schularbeit doch recht groß ist. Es sind allerdings meistens nur junge Lehrkräfte, die gleich nach bestandener Examen zu uns kommen. Selten bewirbt sich ein Lehrer, der südlich der Grenze schon eine feste Anstellung hat, um eine Stelle in Nordschleswig. So ist es natürlich, daß der Mangel an Lehrkräften besonders auftritt bei der Besetzung von Stellen an einklassigen Schulen und von Stellen an Mittelschulen. Das gleiche Problem besteht aber auch bei der Besetzung der Stellen am Gymnasium.

Im Augenblick bereiten sich sechs junge deutsche Nordschleswiger an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten auf den Lehrerberuf vor, das ist viel zu wenig, um den laufenden Bedarf an Lehrkräften unserer Schulen zu decken. Wir wollen hoffen, daß die Einrichtung des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig in Zukunft wesentlich dazu beitragen wird, diesem Mangel abzuhelpfen.

Die materielle Grundlage

Der Staatszuschuß für unsere Privatschulen wird *nachträglich* ausgezahlt. Im Berichtsjahr erhielten unsere Schulen also den Zuschuß für 1958. 24 Schulen erhielten den Staatszuschuß, 6 Schulen erreichten nicht die geforderte Mindestzahl von Schülern im unterrichtspflichtigen Alter. Der Staatszuschuß betrug 61,1% der Betriebsausgaben aller zuschußberechtigten Schulen. (1957: 58,9%), die 4 Stadtschulen erhielten 78,7 % (1957: 80%), die 20 Landschulen 47,5 % (1957: 44,1%) ihrer Gesamtausgaben. Insgesamt wurden als Staatszuschuß an unsere Schulen für 1958 1 060 492,35 Kronen ausgezahlt.

Mit dem revidierten Freischulgesetz vom 21. Mai 1960 sind auch die Berechnungsregeln der Freischulen abgeändert worden. Der Anteil an den Lehrergehältern ist von $66\frac{2}{3}\%$ auf 85% erhöht worden, auf der anderen Seite ist aber der bisherige Gebäudezuschuß weggefallen. Diese Änderung sollte vor allem eine wesentliche Verbesserung für die kleinen Landschulen bedeuten.

Das Verhältnis zu den dänischen Behörden

Das Verhältnis zu den dänischen Behörden, vor allem zum Undervisningsministerium in Kopenhagen war auch im vergangenen Jahr geprägt von einer sachlichen und korrekten Prüfung und Behandlung unserer Anträge und Wünsche. Es sind im vergangenen Jahr mit den Herren des Undervisningsministeriums verschiedene Verhandlungen geführt worden, die sich auf die Fragen des Staatszuschusses, der Materialbewilligung und der Umstellung unseres Schulwesens infolge des neuen dänischen Schulgesetzes bezogen. Im letzteren Punkt führten diese Verhandlungen dazu, daß bei der Revision des Freischulgesetzes unser Antrag berücksichtigt wurde. Wie sehen darin ein besonderes Entgegenkommen, da diese Abänderung des Gesetzes nur praktische Bedeutung für unsere deutschen Privatschulen, kaum aber für dänische Privatschulen, haben kann.

Abschließendes Urteil: Es war ein Jahr der Unruhe

Will man ein abschließendes Urteil über die Schularbeit des Schuljahres 1959/60 geben, so wird man sicher sagen können: Es war ein Jahr der Unruhe! Diese wurde durch die Einführung des neuen Schulgesetzes hervorgerufen, da diese ganz naturgemäß eine Reihe von Fragen und Problemen mit sich brachte, die nicht gleich beantwortet und gelöst werden konnten. Das gilt natürlich in genau demselben Maße auch für die dänischen Schulen. Diese Unruhe wird sicher noch eine Reihe von Jahren bleiben, sie ist auch nicht damit beseitigt, daß man neue Richtlinien für die Arbeit in der Schule herausgibt, denn auch diese müssen erst in der Praxis des Schulalltags ihre Bewährung bestehen. Unruhe ist im allgemeinen einer Schularbeit nicht zuträglich; diese Arbeit braucht, wenn sie wirklich gedeihen soll, Ruhe und eine gewisse Abgeschlossenheit. Wir sind aber der Meinung, daß wir heute in unserer deutschen Schularbeit stark genug sind, um diese Zeit der Unruhe ohne Schaden zu überstehen, ja daß wir diese Unruhe sogar positiv auswerten können, so daß sie unsere Schularbeit befruchten und beleben wird. Zwei Dinge sind es vor allem, die zu dieser Ansicht berechtigen:

1. Die große Bereitschaft der deutschen Lehrerschaft Nordschleswigs, die vorliegenden neuen Aufgaben anzupacken und zu lösen und
2. das verstärkte Interesse der deutschen Elternschaft an der Schularbeit, das natürlich auch in erster Linie durch das neue Schulgesetz hervorgerufen

wurde.

Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt für jede Schule, für jeden Schulvereinsvorstand, jedes Kollegium, eine Arbeit aufzunehmen, um die Gemeinschaft um die deutsche Schule stärker und lebendiger zu machen. Die weitere Entwicklung unserer deutschen Schulen wird in der Hauptsache von zwei Faktoren abhängig sein:

1. Unsere Schulen müssen sich durch eine gute Unterrichts- und Erziehungsarbeit auszeichnen.
2. Jede Schule muß getragen werden von einer starken, lebendigen Gemeinschaft von deutschen Männern und Frauen.

Dann wird eine solche Schule und eine solche Gemeinschaft auch eine starke Anziehungskraft ausüben auf alle, die zu uns gehören, aber aus irgendwelchen Gründen noch nicht den Weg zu uns gefunden haben.

Aus dem Jahresbericht 1959/60 des Deutschen Schul- und Sprachvereins für Nordschleswig.

*Eigentlich ist alles so so,
Heute traurig, morgen froh,
Frühling, Sommer, Herbst und Winter,
Ach, es ist nicht viel dahinter.
Aber mein Enkel, so viel ist richtig,
Wird mit nächstem vorschulpflichtig,
Und in etwa vierzehn Tagen
Wird er eine Mappe tragen,
Löschblätter will ich ins Heft ihm kleben —
Ja, das möcht' ich noch erleben.*

FONTANE

C. C. Christiansen †

Er hatte keinen Titel und keinen behördlichen Rang. Er hatte nur seinen Namen – den Namen Christian Carsten Christiansen, auf den er im Jahre 1882 in Flensburg getauft wurde, den Namen Chr. C. Christiansen, mit dem er zeichnete, oder auch nur kurz – in Anlehnung an seine und seines Bruders Firma in der Flensburger Neustadt – den Namen „C. C.“. Aber wohl niemand ist in Flensburg, der nicht weiß, wer C. C. war, oder der nicht zumindest ehrerbietig aufhorcht, wenn von C. C. die Rede ist. Im ganzen Landesteil Schleswig, in ganz Schleswig-Holstein und weit nach Dänemark hinein ist es ähnlich, und in den Staatskanzleien in Kiel und Bonn ist es nicht anders als in den Verbänden der Wirtschaft und unter den Bürgern und Bauern des Landes.

Nicht nur, daß Christiansen in zahlreichen Gremien – so u. a. in der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig und im Stammkomitee von Oeversee von 1864 – den Vorsitz innehatte, und nicht nur, daß er mehrere Stiftungen und andere gemeinnützige Veranstaltungen leitend betreute: er stand für die Landschaft im ganzen. Er war Richtpunkt für alle, die ihn kannten, Richtpunkt für alle Menschen im Grenzraum, ein hohes, in schlichter Würde gelebtes Dasein.

„Was sagt C. C.?“, wie oft ist das gefragt, „C. C. hat geholfen“, wie oft ist das gesagt worden. Legendäres war an diesem Dasein, es war Signatur, es war, wo immer es sich entfaltete, Mittelpunkt, es war in allem Rastlosen und Vielredigen das gelassene Ordnende.

Ein solches Dasein, bewahrend und gründend, an Vergangenes erinnernd und Gegenwart bestimmend, ist in unserer Zeit ein Phänomen.

Christiansen sprach wenig. Aber was er sagte, das galt; was er versprach, das hielt er, und wo er versprach zu kommen, da war er auf den Glockenschlag pünktlich. Machenschaften waren ihm fremd. Unredliches traute sich vor ihm nicht hervor, Vertrauen setzte er gegen Vertrauen, Großes war in seiner Einfachheit.

Ein Mann ist gegangen, der das Widerstreitende zum Gemeinsamen und das Heftige zur Harmonie zu ordnen vermochte, ein Mann, der nicht nach außen und oben, sondern nach innen und unten arbeitete, eine hohe Kraft, die, ausgezeichnet unter anderem mit dem Großkreuz des Verdienstordens, alles, was sie berührte, prägte und zum Guten erregte. Wir haben viel verloren. Doch wird sein Gedächtnis unverloren bleiben.

*

Den Abschied am Grabe sprach Ministerpräsident von Hassel zugleich im Auftrag der Stadt Flensburg, der Verbände und Gemeinschaften im deutschen Grenzland, des Bundes deutscher Nordschleswiger und der Landesregierung.

„Er hatte von den Pflichten des Bürgers im Staate eine Vorstellung, wie sie uns klarer und schöner kaum jemals vorgelebt wurde. Sein Leben sollte uns allen ein mahnendes Beispiel sein für die Verantwortung und zugleich für die unendlichen

Möglichkeiten der Ausstrahlung eines einzelnen Menschen auf seine Umwelt und auf die Gemeinschaft seines Volkes.“

Flensburger Tageblatt

Hans Schmidt-Oxbüll wurde wieder Folketingsabgeordneter

Zu den am 15. November stattgefundenen Wahlen in Dänemark hatte die „Slesvigsk Parti“, die politische Repräsentantin der deutschen Volksgruppe, 5 Kandidaten aufgestellt, von denen bei Erreichung der für ein Mandat notwendigen Gesamtstimmenzahl (etwa 9000 Stimmen) derjenige gewählt war, der die meisten persönlichen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Das war auch diesmal Hans Schmidt-Oxbüll, der die deutschen Nordschleswiger nun schon seit 1953 im Folketing vertritt. Mit 3866 persönlichen von insgesamt 9047 abgegebenen deutschen Stimmen wurde das Mandat von ihm mit weitem Vorsprung vor seinen vier anderen Mitkandidaten errungen.

*

Die „Slesvigsk Parti“ war mit einem Fünf-Punkte-Programm in die Wahl gegangen, das vorsieht:

An erster Stelle die Förderung der volklichen und kulturellen Belange. Es folgen Wünsche bezüglich der wirtschaftlichen Intensivierung des Grenzlandes, die Forderung nach Abbau der EWG-EFTA-Grenze bei Krusau, nach angemessener Erteilung von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen für die Bevölkerung zu beiden Seiten der Grenze, Abschaffung der Paßstemperei an der dänischen Grenze und Ablehnung eines chauvinistischen Grenzkampfes. Der vierte Abschnitt des Wahlprogramms betrifft die Überwindung der tragischen Folgen der Kriegs- und Nachkriegszeit. Der letzte Programmpunkt ist ein Bekenntnis zur Gesinnungsfreiheit im Grenzland und zur guten deutsch-dänischen Nachbarschaft.

Wichtig und von großem Interesse ist für uns südlich der Grenze auch die allgemeine politische Entwicklung in unserem Nachbarlande, wie sie sich im Ergebnis der Wahl kundtut:

Das Gesamtergebnis der Folketingswahl

Socialdemokratiet	1 024 031	(910 170)
Radikale Venstre	140 508	(179 822)
Konservative	436 005	(383 843)
Venstre	511 388	(578 932)
Retsforbundet	52 232	(122 759)
Social. Folkeparti	149 482	(0)

Kommunister	27 345	(72 315)
Slesvigsk Parti	9 047	(9 202)
Uafhængige	81 094	(53 061)

*

Die Verteilung der Mandate

Socialdemokratiet	76	(70)
Radikale	11	(14)
Konservative	32	(30)
Venstre	38	(45)
Retsforbundet	0	(9)
Socialistik Folkeparti	11	(1)
Kommunister	0	(5)
Uafhængige	6	(0)
Slesvigsk Parti	1	(1)

*

Das Resultat in Nordschleswig

Socialdemokratiet	42 539	(35 436)
Radikale Venstre	5 106	(6 077)
Konservative	19 140	(16 436)
Venstre	25 273	(27 289)
Retsforbundet	3 191	(6 453)
Social. Folkeparti	2 080	(0)
Kommunister	468	(1 153)
Uafhængige	3 875	(2 321)
Slesvigsk Parti	9 047	(9 202)

Mandate erhielten:

Socialdemokratiet	4
Radikale Venstre	1
Konservative	1
Venstre	2
Slesvigsk Parti	1

*

Folketingsabgeordnete wurden in Nordschleswig

für die Sozialdemokratie die bisherigen Abgeordneten Peter Gorrson, Alnor; Andreas Hansen, Hadersleben und Jens Bladt, hinzu kam als vierter Fritz Teichert, Seegard, der schon früher dem Folketing angehört hat, aber in der abgelaufenen Legislaturperiode kein Mandat innehatte. – Das Mandat der Radikalen Venstre erhielt der Kätner Jens P. Jensen. – Für die Konservative Partei wurde wiedergewählt L. Clausen, Olufskjær; bei der Venstre ist es Ejnar Hansen, Børnekær, und hinzu ist gekommen Simon From, Fjelstrup. Der neunte Nordschleswiger im Folketing ist Hans Schmidt-Oxbüll als Vertreter der deutschen Volksgruppe.

*

Eine dänische Stimme zur politischen Situation nach der Folketingswahl

Schmidt-Oxbüll hat es eindeutig von sich gewiesen, daß er als Repräsentant der Minderheit die Rolle des „Züngleins an der Waage“ im dänischen Reichstag spielen würde. Er will, wie er selbst sagt, in der gegebenen Situation die ihn eventuell gegebenen Möglichkeiten zum Sturz einer Regierung nicht ausnutzen – ganz gleich, wie sie aussieht. Er hält daran fest, was er schon früher gesagt hat, daß es nicht seine Aufgabe ist, eine Regierung zu stützen oder zu stürzen. Das bedeutet aber nicht, daß er sich der Beteiligung an der praktischen Gesetzgebungsarbeit und der eigenen Meinungsäußerung enthalten will. Aber in dem Falle, wo eine Abstimmung den Fall oder das Verbleiben einer Regierung bedeuten würde, will er sich ohne Rücksicht auf seine persönliche Auffassung der Stimme enthalten.

Die Grundlage seiner Tätigkeit als Abgeordneter ist die Ausübung einer vermittelnden Funktion, sagt Schmidt-Oxbüll. Geben wir diese Linie auf, gehen wir in den allgemeinen politischen Kampf auf. Wie die Situation in zehn oder zwanzig Jahren sein wird, ist etwas anderes. Noch sind wir nicht soweit mit dem neuen Europa, daß wir uns in die parteipolitischen Kämpfe mischen wollen.

Nach „Danevirke“

*

Der SSW beteiligt sich an der Bundestagswahl 1961

Es war und ist kein Geheimnis, daß in den Reihen der dänischen Minderheit geteilte Meinungen waren hinsichtlich einer Wahlbeteiligung 1961 oder nicht. Es handelt sich ja um eine Bundestagswahl, wo die Aussicht, mit den SSW-Stimmen ein Bundesmandat zu gewinnen, gleich null ist.

Da nun mit großer Mehrheit endgültig beschlossen ist, daß der SSW sich an der Bundestagswahl beteiligt, so ist mit der erwünschten Deutlichkeit Klarheit darüber geschaffen worden, daß die dänische Minderheit südlich der Grenze auf keinen Fall und um keinen Preis daran denkt, ihr politisches Wirken aufzugeben.

„Flensburg Avis“ am 19. Oktober